

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

6. JAHRGANG · AUSGABE 10 · 2001 VOM 12. OKTOBER 2001 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO (1,96 DM)

3 | **Vom Goldesel  
zum Finanzloch**  
TWE mit 4 Mio DM Mehrkosten

5 | **„Weil wir  
gehaßt werden“**  
Terrorismus und USA

8 | **Schon wieder höhere  
Kitagebühren?**  
Neue Kostenkalkulation bis März

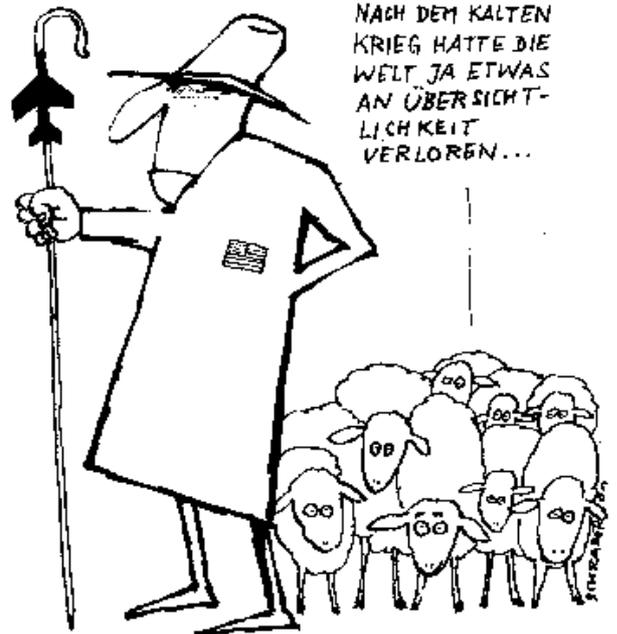
## Seit Sonntagabend wird zurückgeschossen

Nun werden sie also von Bomben und Cruise Missiles umgewühlt, die Ruinen von Kabul. Terroristische Ziele werden getroffen, wie das Flugkontrollzentrum des Kabuler Flughafens. Vermutlich längst verlassene Ausbildungslager Bin Ladens sollen auch beschossen worden sein. Am Sonntagabend hat die stärkste Militärmacht der Welt mal wieder losgeschlagen. Kanzler Schröder beeilte sich, „vorbehaltlose Unterstützung für die Angriffe“ zu signalisieren.

„Gegenschlag“ nennt man das Ganze. Das vordergründige Abreagieren zeugt von gewisser Hilflosigkeit. Zwar wurde ein Feind gesucht und in den Taleban schließlich auch gefunden. Bin Laden und seine Organisation, deren Schuld an die Terroranschläge vom 11. September angeblich bewiesen sei, dürften sich jedoch längst in Sicherheit gebracht haben. Und selbst die Taleban-Milizen flüchteten zum größten Teil an die Front zur Nordallianz und sind dort in relativer Sicherheit vor den Luftangriffen. Über viel Kriegsgerät, das zerstört werden kann, verfügen die Taleban nicht. Was sie haben ist meist hoffnungslos veraltet und taugt nur für die afghanischen Stammeskriege, bei denen die Gegenseite auch nichts moderneres hat.

Dabei ist der Sturz der Taleban gut möglich, die haben genügend innere Feinde. Der Krieg könnte also sogar mit einem Erfolg abgerechnet werden. Doch die vermuteten Strukturen des internationalen Terrorismus werden fortbestehen. Die können mit Cruise Missiles nicht getroffen werden. Mehrere Beiträge in dieser BBP, in denen noch auf unkriegerische Lösungen gehofft wurde, beschäftigen sich mit der Sinnlosigkeit militärischer Schläge.

Was also bleibt? Eine PR-Aktion für den US-Präsidenten, „Kollateralschäden“ in Afghanistan, neue Fronten im dortigen Bürgerkrieg und eine Menge verschwendetes Geld, mit dem so manche Widersprüche in der Welt hätten ausgeglichen werden können.



Der ORB/SFB-Sender Radio 1 hat am Sonntagabend sofort das Programm umgestellt. Neben aktuellen Informationen vom Kriegsschauplatz wurde zunächst vorwiegend Instrumentalmusik gespielt. „Mir fehlen die Worte“, sagte die Moderatorin. Sie fühle sich, als hätte sie einen dumpfen Schlag auf den Kopf bekommen. Benommen, unwirklich. Doch der Krieg ist bittere und sinnlose Wirklichkeit.

Wie in vielen deutschen Städten versammelten sich am Montag auch in Eberswalde Kriegsgegner, um ihren Protest gegen die Militärschläge und die ausgerufenen vorbehaltlose Unterstützung durch die BRD auszudrücken.

GERD MARKMANN

## Wer rettet den Rettungsdienst?

von Margitta Mächtig

Der Antrag der PDS-Fraktion im Kreistag Barnim zur Absetzung der Vorlage lag schon auf dem Tisch, als der zuständige Dezernent Herr Engel, am 5. September die Vorlage von der Tagesordnung nehmen ließ. Nach seinen Ausführungen sind es nunmehr die Krankenkassen, die Einwendungen gegen die Vergabe haben.

Nicht nur daß, nachdem Monate lang über den Rettungsdienstbereichsplan diskutiert wurde, sich die Koalition den Argumenten der Verwaltung gebeugt und mehrheitlich diesem Plan zustimmte, der zu einer Verschlechterung der Rettungsdienstversorgung der Bevölkerung führt. (Denn es ist schon paradox, wenn beispielsweise einerseits der Verzicht der Rettungswache Biesenthal erklärt wird und andererseits wegen einem erhöhten Einsatz bei Unfällen auf der Autobahn die Feuerwehr Biesenthal neue Technik erhält.)

Nicht nur, daß das Vergabeverfahren und seine Wertung kritisch zu betrachten sind (die Johanniterunfallhilfe hat sich mit einem Rundschreiben an die Fraktionen des Kreistages und zuständigen Stellen der Landesregierung Brandenburg mit einer nicht vom Tisch zu wedelnden Kritik gewandt).

Sondern auch die Tatsache, daß mit dem gesamten Prozedere die Hinweise der EU-Kommission zur künftigen Gestaltung von Rettungsdienst- und Krankentransportleistungen keinerlei Berücksichtigung finden, stellt das Agieren der Kreisverwaltung in Frage. Die Frage ist, wer agiert hier in wessen Interessen?

Vielleicht wäre dem Entscheidungsprozeß schon geholfen, wenn sich all jene zurückhalten, die mit den Beteiligten wirtschaftliche Interessen verbinden.

## Testament der Angst

*Ich hab Angst vor morgen  
ich hab Angst vor heute  
ich hab Angst vor gestern  
ich hab Angst vor mir  
ich hab Angst vorm Alleinsein  
Angst vor anderen Leuten  
vor meinen Freunden  
und vorm Zusammensein mit Dir*

*Ich hab Angst vor der Enge  
ich hab Angst vor der Weite  
ich hab Angst vor den Launen  
und vor den Gleichgültigkeiten  
ich hab Angst vor dem Stillstand  
und Angst vor zuviel Bewegung  
davor daß wir uns verlieren  
Angst in jeder Beziehung*

*Testament der Angst –  
wenn Dir die Wirklichkeit nicht mehr gefällt  
Testament der Angst –  
und Du denkst, daß niemand zu Dir hält  
Testament der Angst –  
vor den Menschen und der ganzen Welt*

*Ich hab Angst vor Deutschland  
ich hab Angst vor Europa  
den USA und der Nato  
und vor ihren Interessen  
ich hab Angst vor den Reichen  
ich hab Angst vor den Armen  
Angst vor der Geschichte  
und davor sie zu vergessen*

*Testament der Angst –  
wenn Dir die Wirklichkeit nicht mehr gefällt  
Testament der Angst –  
und Du denkst, daß niemand zu Dir hält  
Testament der Angst –  
vor den Menschen und der ganzen Welt*

*Ich hab Angst vor den Dichtern  
ich hab Angst vor den Denkern  
Angst vor den Dummen  
vor den Werbern und Bänkern  
ich hab Angst vor den Lügen  
ich hab Angst vor der Wahrheit  
Angst zu verstummen  
und davor nur rumzustänkern*

*Testament der Angst –  
wenn Dir die Wirklichkeit nicht mehr gefällt  
Testament der Angst –  
und Du denkst, daß niemand zu Dir hält  
Testament der Angst –  
vor den Menschen und der ganzen Welt*

*Ich hab Angst vor dem Alltag  
ich hab Angst vor den Träumen  
Angst davor sie zu leben  
und davor es zu versäumen  
ich hab Angst zu versagen  
und davor zu resignieren  
Angst meine Ängste  
und den Mut zu verlieren.*

BLUMFELD

Presseerklärung des „Bündnis für Frieden“

## Krieg löst kein einziges Problem

Am 1. Oktober 2001 haben VertreterInnen verschiedener Organisationen und Initiativen sowie Einzelpersonen in Eberswalde über die Folgen des Terroraktes in den USA diskutiert und das Eberswalder „Bündnis für Frieden“ gegründet. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die Täter verfolgt werden müssen, die – aus welchen Gründen auch immer – den Terror gegen Menschen wenden. Die TeilnehmerInnen der Runde meinen aber, daß massive militärische Schläge gegen ein anderes Land oder Volk zur Bekämpfung solchen Terrors völlig ungeeignet sind, weil sie die Probleme nicht lösen, sondern sogar zu falscher Solidarisierung und zur Gefahr der Eskalation führen können.

Wir wenden uns gegen Rache und Vergeltung! Es darf auch keine Stigmatisierung der hier lebenden Muslime geben und es dürfen keine neuen Feindbilder entstehen. Wir appellieren an die deutsche Regierung, keine Militärintervention zu unterstützen, dagegen verstärkt die sozialen und politischen Ursachen zu bekämpfen, die Terrorismus begünstigen.

UnterzeichnerInnen:

*Jan Noack, Volker Passoko, Albrecht Triller,  
Jens Gröger, G. Tennemann, Herma Härtel, Rolf  
Richter, Jenny Uhlig, Christian Rehmer, Armin  
Eichhorn, Tamás Blénessy, Anja Worm, Frank  
Stein, Gerd Markmann, Ingeborg Kolitsch, Gisa  
Rothe, Cornelia Rutscher, Mohamed Hamdali,  
Michael Ahlers, Kordula Steinke*



Etwa 50 Friedensfreunde folgten am 5. Oktober dem Aufruf des „Bündnisses für den Frieden“, sich auf dem Pavillonplatz in Eberswalde zu treffen. Ziel der Veranstaltung auf dem Pavillonplatz war es, mit den Bürgern der Stadt Eberswalde über ihre Sorgen um den Frieden zu sprechen und an die deutsche Regierung zu appellieren, keine Militärintervention zu unterstützen, sondern verstärkt die sozialen und politischen Ursachen zu bekämpfen. Erstaunlich, daß kaum ein vorübergehender Bürger seine Schritte verlangsamte. Ist die Betroffenheit der Eberswalder Bürger tatsächlich so groß, wie es diverse Gedenkminuten und die Absage des Finowkanalfestes erwarten lassen? Das „Bündnis für den Frieden“ wird seine Bemühungen fortsetzen, um Menschen für den Friedensgedanken und zu eigenem Zutun zu gewinnen.

Foto: A.T.

## Neues Begegnungszentrum für Jugendliche

**Eberswalde (bdv).** Im Brandenburgischen Viertel eröffnete das Begegnungszentrum KONTAKT für Jugendliche, Eltern und alle interessierten Bürger seine Pforten. Projektleiterin Irina Holzmann dankte zur Eröffnung der Ausländerbeauftragten des Landkreises Marietta Böttger sowie Frau Lübken und Frau Neue vom Jugendamt, ohne deren tatkräftiger Unterstützung es das Begegnungszentrum nicht geben würde. Besonderen Dank widmete Irina Holzmann auch den Herren Appel und Schulz für die Unterstützung bei der Durchführung von Veranstaltungen der Deutschen aus Rußland im Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel. Besonders erfreut zeigte sich Irina Holzmann über die spontanen Spenden. Heinz Dobberstein, Landtagsabgeordneter der PDS, sagte angesichts noch feh-

lender Ausstattungsgegenstände finanzielle Unterstützung zu. Da die Einrichtung der Begegnungsstätte bisher nur das Notwendigste umfaßt, sind weitere Spenden jeder Zeit willkommen.

Das Begegnungszentrum KONTAKT in der Frankfurter Allee 37 bietet u. a.: Info-Seminare zu Zivildienst, Bundeswehr, Staatsangehörigkeit; Besuch des Filmparks Babelsberg; Konzert rußlanddeutscher Liedermacher im Club am Wald. Die Selbsthilfegruppe KONTAKT wird als Modellprojekt zur Integration von Spätaussiedlern aus Rußland mit Mitteln des Bundesministeriums des Innern gefördert. Träger des Projektes ist der Bund der Vertriebenen – Landesverband Brandenburg e.V. Sprechzeiten sind Mittwoch 12-19 Uhr oder nach Vereinbarung (Tel./Fax: 03334-383070).

## Vom Goldesel zum Finanzloch

*Technische Werke Eberswalde mit ungeplanten Mehrkosten von 4 Millionen Mark*

Einst galten die Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) als „Esel streck dich“ der Stadt Eberswalde. Denn in die TWE fließen die Gewinne der städtischen Anteile an den Eberswalder Stadtwerken. Auf schätzungsweise 3 bis 4 Millionen Mark pro Jahr konnten Bürgermeister und Stadtverordnete relativ frei zugreifen, ohne an die restriktive Kameralistik des kommunalen Stadthaushaltes gebunden zu sein.

So nutzte die Stadt etwa seit Mitte der 90er Jahre die TWE-Gewinne zur Begleichung der Schwimmhallendefizite von jährlich etwa 500.000 Mark. Allerdings stiegen die Eintrittspreise dennoch. Entgegen dem damals postulierten Anspruch. 1996 investierte man, als Darlehen getarnt, 3,25 Millionen Mark in den Flugplatz. In den folgenden Jahren steckten die TWE knapp 10 Millionen Mark in die Eigenanteile des Hafens und schließlich erfüllte sich Stadtwerkechef Volker Voigt, damals zugleich TWE-Geschäftsführer, seinen Traum von einer Freizeitanlage mit Gaststätte und Tennisplatz am Finowkanal. Als nächstes Projekt gingen die TWE den Ausbau von Schwimm- und Sporthalle an. Doch mußten die TWE hier erstmals ein Darlehen zur Finanzierung des knapp 12 Millionen Mark umfassenden Eigenanteils und für rund 6 Millionen Mark Kosten der Sporthallensanierung aufnehmen. Um die geforderte Bürgschaft leisten zu können, verscherte die Stadt ihr letztes Tafelsilber. Darüber hinaus steht sie für den Schuldendienst gerade. 429.800 Euro (ca. 840.000 DM) plant der Kämmerer im Haushaltsentwurf 2002 dafür ein. Der Grund, weshalb die Stadt die Tilgung eines TWE-Kredits übernimmt, kam nicht an die Öffentlichkeit.

Eigentlich hätte bereits die Bürgschaftsübernahme die Verantwortlichen in Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung zu gründlicherer Nachschau veranlassen müssen. Doch das Vertrauen in den Goldesel blieb erhalten, so daß erst der seit Anfang Juli amtierende neue TWE-Geschäftsführer Horst Schaefer die Schiefelage der Gesellschaft aufdeckte. Wie die Berliner Morgenpost schreibt, berichtete Schaefer in der Gesellschafterversammlung (identisch mit dem Hauptausschuß der Stadt) am 13. August erstmals über die anstehenden Probleme. Der Bürgermeister sah sich genötigt, in Eilentscheidung einen Sofortzuschuß von 390.000 Mark zur Sicherung der „kurzfristigen Liquidität“ zu genehmigen.

Am 6. September bestätigte der Hauptausschuß die Aktion des Bürgermeisters. Als Begründung zählte die Verwaltung „außerplanmäßige“ Belastungen auf. Danach mußte das Unternehmen neben dem verlorenen 3,25 Millionen-Darlehen an die Aeropark Finow GmbH insgesamt Mehrkosten in Höhe von

vier Millionen Mark verkraften. Zu einem Teil verursacht durch Mißmanagement der früheren Geschäftsführung, zum anderen Teil in ihrer Funktion als städtischer Goldesel.

Allein 600.000 Mark sind für eine gerichtliche Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Hafensprojekt veranschlagt. Weitere 250.000 Mark verlangte die Investitions- und Landesbank Brandenburg (ILB) von der TWE wegen nicht fristgerechter Verwendung von Fördermitteln. Auch das neue Projekt, der Ausbau von Sport- und Schwimmhalle begann mit einem „vermeidbaren Mehraufwand“. Infolge nicht rechtzeitiger Kündigung der elf Angestellten des Sportkomplexes fallen 350.000 Mark für fortzuzahlende Löhne an. Gut für die Angestellten, schlecht für die TWE. Die 1,8 Millionen Mark für Kauf und Sanierung des alten Sparkassengebäudes hätten eigentlich aus dem städtischen Haushalt beglichen werden müssen. Da dort das Geld fehlte, sprangen die TWE ein. Das Geschäft wird nun per Mietkauf mittels monatlichen Mietzahlungen der Stadt abgewickelt. Eine weitere ungeplante Million kostete die Vorhaltrasse für die neue Umgehungsstraße B 167 auf dem Hafengelände.

In der Hauptausschußvorlage ist von „stetigem Vermögensverzehr in den letzten Jahren“ die Rede. Unabhängig von der Soforthilfe müßten deswegen bis Ende des Jahres „nachhaltige Lösungen“ gefunden werden. Fraglich erscheint das Verfahren, den Problemen mit Eilentscheidungen des Bürgermeisters und nichtöffentlichen Hauptausschußbeschlüssen Herr werden zu wollen. Zumal der Hauptausschuß zugleich als Gesellschafter der TWE fungiert und damit über Geschäfte mit sich selbst beschließt. Die Einbeziehung der gesamten Stadtverordnetenversammlung sollte das mindeste sein. Die Berliner Morgenpost zitiert Kritiker, die glauben, daß „das Problem unter der Decke gehalten“ werden solle und von „verfilzten Strukturen“ sprechen. Pikant sei in diesem Zusammenhang auch, daß die Ehefrau von Bürgermeister Schulz zu den Beschäftigten der Technischen Werke gehöre. Noch unübersichtlichere persönliche Verquikungen muß sich in diesem Zusammenhang allerdings der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Kikow nachsagen lassen. Als Fraktionschef gehört er dem Hauptausschuß an und ist damit auch Gesellschafter der TWE. Zugleich steht er jedoch als Hafenmeister in einem Teilzeit-Angestelltenverhältnis mit der TWE. Er ist Angestellter, Gesellschafter und Aufsicht in einer Person. Den anderen Teil seiner offiziellen Arbeitszeit verbringt er bei den Stadtwerken, deren Aufsichtsrats er im Auftrag der Stadt als Vorsitzender vorsteht.

GERD MARKMANN

## „Stadt ist nicht pleite“

**Eberswalde (bbp).** Finanzdezernent Lutz Landmann trat auf der Stadtverordnetensitzung am 20. September Gerüchten entgegen, wonach die Stadt Eberswalde zahlungsunfähig sei. Er informierte, daß zur Liquiditätswahrung ein Kassenkredit in Anspruch genommen wurde. Als Kredithöhe nannte er ein Sechstel des Haushaltes (d.h. etwa 7 Millionen Mark), was keine kommunalaufsichtliche Genehmigung erfordere. Dem Finanzausschuß nannte Landmann eine Woche später die hohe Vorfinanzierung für die Landesgartenschau als Grund. Da stünden noch EU-Fördermittel in Millionenhöhe aus. Eine weitere Lücke sei entstanden, weil das Finanzamt aus verwaltungsinternen Gründen zur Zeit keine Gewerbesteuerbescheide ausstelle. Die Stadt verhandle gegenwärtig mit dem Finanzamt, daß wenigstens die großen Beträge eingefordert werden. Darüber hinaus berichtete Landmann über Gespräche mit der Kommunalaufsicht, bei dem Kassenkredit günstigere Zinssätze zu veranschlagen.

Auf einen möglichen Zusammenhang zu den Liquiditätsschwierigkeiten der Technischen Werke (TWE) ging Landmann nicht ein.

## Weitere Brandstettergesellschaft aufgelöst

**Eberswalde (bbp).** Das Amtsgericht Frankfurt/Oder informierte am 25. September über das Ende einer weiteren Gesellschaft Josef Brandstetters. Die Brandstetter Projektentwicklung GmbH Eberswalde mit Sitz in der Brachlowstraße 27 ist infolge Ablehnung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens „mangels Masse“ aufgelöst.

In die Brandstetter Projektentwicklungsgesellschaft floß im Dezember 1996 über mysteriöse Umwege ein Teil des 3,25-Millionen-Darlehens, das die Technischen Werke Eberswalde (TWE) im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung Brandstetters Aeropark Finow GmbH zukommen ließ. Josef Brandstetter hatte sich als geschäftsführender Gesellschafter der Aeropark GmbH sofort nach Eingang des TWE-Geldes eine Entnahme in Höhe von rund 2,5 Millionen Mark genehmigt und diese Summe schnurstracks als privates Darlehen an seine Frau weitergereicht. Eva Brandstetter steckte das Geld in die Projektentwicklungsgesellschaft, deren Mehrheits-eignerin sie war. Die Brandstetter Projektentwicklungsgesellschaft konnte mit den rund zweieinhalb Millionen Mark den dringend benötigten Eigenanteil für ein in der Breiten Straße in Eberswalde zu errichtendes Wohn- und Bürohaus finanzieren. Zur Eile zwang die Brandstetters vor allem die Ende 1996 auslaufende Sonderförderung Ost mit ihren für solche Bauten sehr günstigen Abschreibungsmöglichkeiten (BBP 1/2000).

# Sind wir alle Amerikaner?

von Christian Rehmer

Seit den Anschlägen von unbekannter Seite auf die wirtschaftlichen und militärischen Symbole der vereinigten Staaten von Amerika – das World Trade Center und das Pentagon – sind bereits vier Wochen vergangen. Mit Erstaunen stelle ich fest, daß die USA noch keine Vergeltungsschläge unternommen haben, wie dies z.B. nach den Anschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania geschah.

Auch wenn die USA bemüht sind, eine möglichst große Allianz zu schmieden und stets betonen, sie suchen auch nach politischen und ökonomischen Lösungen für die Terrorismusbekämpfung, ist nicht zu übersehen, daß sich das größte Heer der Erde in Bewegung gesetzt hat. Nicht nur mit Spezialeinheiten und Kampfjets, die präzise Ziele angreifen könnten. Nein, es sind auch unzählige Bomber dabei, welche bereits jetzt das Gerede von wenig verletzten Zivilisten als Phrase erscheinen lassen. Mit Bombardierungen kann man keine chirurgischen Einschnitte vornehmen!

Die USA bringen ihre Truppen in strategisch wichtige Positionen und lassen scheinbar völlig neue Bündnisse entstehen. So stehen US-Soldaten auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR – Tadschikistan und Usbekistan – und Dank der Erlaubnis der pakistanischen Regierung könnte Pakistan als Flugschneise für US-Flugzeuge fungieren. Das pakistanische Volk steht allerdings nicht so geschlossen hinter der Entscheidung seiner Regierung, wie unzählige antiamerikanische Demonstrationen beweisen. Der drohende Angriff der US-Militärs auf Afghanistan und der damit verbundene psychische Druck, könnte das Land in einen Bürgerkrieg treiben. So sind bereits vor den ersten Bomben Kollateralschäden – neudeutsch für zivile Opfer, man redet seit dem NATO-Angriff auf Jugoslawien 1998 nicht mehr von Menschen – durch innerpakistanische Kämpfe zu erwarten. Als freie Entscheidung kann man die Zusammenarbeit zwischen der pakistanischen Regierung und den USA allerdings auch nicht bezeichnen. Wäre man nicht auf die Forderungen der USA eingegangen – Schließung der Grenze zu Afghanistan und Öffnung des Luftraumes für US-Militär – hätte man sich in die Reihe der „Schurkenstaaten“ katapultiert und wäre selbst der Gefahr von US-Luftangriffen ausgesetzt. Nachdem der selbsternannte „Kreuzritter“ Georg W. Bush die Welt in Gut („zivilisierte Welt“) und Böse („Schurkenstaaten“) teilte, müssen wir alle Amerikaner sein, um nicht als Schurken da zu stehen. Militärische Folgen einer solchen Entscheidung kann sich jeder ausmalen, vor allem bei einem Land wie Pakistan, welche die Taliban jahrelang unterstützte und dessen Volk immer noch große Sympathie für

die Taliban hegt. Also schloß man sich der großen Allianz an, um das vermeintlich „Böse“ zu bekämpfen.

Auch wenn alle Vorbereitungen nun schon lange andauern und man der Weltöffentlichkeit suggerieren möchte, man gehe demokratische Wege und bilde große Allianzen: Ein militärischer Schlag gegen das Taliban-Regime in Afghanistan bleibt zu erwarten. An unserem Verständnis von Demokratie und Völkerrecht gemessen, ist das autoritäre Regime der Taliban sicherlich menschenverachtend und daher abschaffungswert. Eine militärische Aktion soll anscheinend dazu dienen, erstens

teilung durch ein ordentliches Gericht (z.B. Internationaler Gerichtshof IGH) als „schuldig“ zu bezeichnen?

War nicht bereits vor der Tat schon ein Täter (Osama Bin Laden) ausgemacht? Wird hier nicht vielleicht vorschnell – völlig losgelöst von rechtsstaatlichen, demokratischen und christlichen Leitlinien – ein Feindbild aufgebaut, um die „zivilisierte und freie Welt“ zu beruhigen? Mal ganz davon abgesehen, daß momentan einzig die Rüstungsindustrie von militärischen Lösungen profitiert und Sicherheitsfanatiker Hochkonjunktur haben. Eine militärische Lösung wäre also weder zweck-

mäßig um vermeintlich „Schuldige“ zu treffen, noch würde sie unsere vielbeschworenen Werte der christlich-westlichen Kulturen repräsentieren.

Wo läßt sich also eine Lösung zur Bekämpfung jeglichen Terrorismus auf der Welt finden? Haben die Terroristen dieser Tage etwas gemein mit den Freiheitskämpfern in Kolumbien, den Palästinensern im Nahen Osten, den Rebellen in Tschetschenien oder sind es wirklich nur von einem Patriarchen verblendete und ihre Re-

gion mißverstehende Menschen? Auf der Suche nach dem Nährboden für extremistische Neigungen müssen wir uns zeitlich weit vor dem 11.09.2001 bewegen.

Überall auf der Welt leben Menschen in permanenter Demütigung, erzeugt durch ökonomische Ungerechtigkeiten. Selbstlegitimiert mischen die USA überall auf der internationalen Bühne mit, hofiert und geduldet von der NATO und den Staaten der EU. All dies geschieht unter dem Deckmantel der Verteidigung unserer Vorstellung von Menschenrechten, von Demokratie und Freiheit. In Wahrheit ist die Motivation oftmals ökonomischer Natur und stark beeinflusst von der Durchsetzung des eigenen Werte- und Wirtschaftssystems.

Vor Allem die Staaten der sogenannten dritten Welt sind finanziell von den Entscheidungen der USA abhängig. Die Dominanz der Amerikaner in den internationalen Gremien, wie der Welthandelsorganisation (WTO) und



die Lager von Osama Bin Ladens Gruppe al-Qaida zu zerstören und zweitens das unliebsame Regime der Taliban – welche vor nicht all zu langer Zeit mit Unterstützung der Amerikaner gegen die Russen kämpften – zu stürzen. Im Exil werden jetzt schon die Vorbereitungen für eine Übergangsregierung getroffen. Es sollen also „Schuldige“ für die Terroranschläge in den USA nach dem alten Brauch der Rache und dem Deckmantel der Prävention gefunden und außer Kraft gesetzt werden.

Doch wer ist denn schuldig? Welchem deutschen Bundestagsabgeordneten, der seine „uneingeschränkte Solidarität mit den USA“ bekundete, welche laut Fischer auch militärische Maßnahmen einschließt, wurde denn bisher Beweise vorgelegt? Es wäre naiv so etwas jemals zu erwarten, aber ohne Beweise, die man der Öffentlichkeit präsentieren sollte, kann es auch keine „Schuldigen“ geben. Ist jemand nicht eigentlich erst nach der Verur-

dem Internationalen Währungsfond (IWF), erzeugt oftmals Bedingungen, die einzig dazu dienen die ökonomische Abhängigkeit zu vergrößern und neuen Frei- und Expansionsraum für die amerikanische Wirtschaft zu schaffen. Droht der Einfluß auf eines dieser Länder zu schwinden und sind somit die ökonomischen Interessen Amerikas gefährdet, wird vehement nach militärischen Lösungen gesucht. Beispielsweise aktuell in Kolumbien (Plan Columbia) bzw. in den 70er Jahren bei der Unterstützung der Militärdiktatur in Chile und diversen Militärinterventionen in Nicaragua. In Kolumbien wird nicht nur gegen den Drogenanbau gekämpft, wie es der Weltbevölkerung präsentiert wird. Die USA haben großes Interesse daran, dass die revolutionären Bewegungen Fuerzas Armadas Revolucionarios de Colombia (FARC) oder die Ejército de Liberación Nacional (ELN) nicht weiterhin an Macht gewinnen und unterstützen daher paramilitärische Gruppen oder führen selbst militärische Maßnahmen durch, die täglich zu vielen Toten führen.

Speziell in Lateinamerika wurde jeder Versuch vereitelt, sich selbst aus der Abhängigkeit zu befreien. Angesehene Staatsmänner, die bemüht waren die Reichtümer ihres Landes ihrem Volk zu Gute kommen zu lassen und daher versuchten Wirtschaftssysteme einzuführen, die den Interessen der USA zuwiderliefen, wurden blutig gestürzt oder aus dem Verkehr gezogen (z.B. Dr. Salvador Allende 1973 in Chile oder die Regierung von Jacobo Arbenz in Guatemala 1954 durch eine von der CIA unterstützte Armee). Es entstanden Diktaturen, die sich dem Willen der USA beugten und mit ihnen kooperierten. Den Ländern Afrikas oder Asiens erging es diesbezüglich nicht besser.

Müssen wir bezüglich der genannten Beispiele nun die Angriffe neu interpretieren? Stehen die zerstörten Symbole der Macht – kapitalistischer wie imperialistischer – nur für den Tod von ca. 6000 unschuldigen Opfern, die am 11.09.2001 ihrer Arbeit nachgingen oder durch New York spazierten und an nichts Weltpolitisches dachten? Vielleicht waren sie auch ein Ort, von welchem aus man jahrelang Kriege inszenierte, Waffen verkaufte oder Hungersnöte in Kauf nahm, um wirtschaftliche Interessen durchsetzen zu können (z.B. Irak)?

Es war nicht nur ein feiger Angriff, der viele Menschen tötete. Es war auch die Kritik an einem System, welches seit vielen Jahren ökonomische und militärische in die Welt sät. Die Staaten Europas stehen diesem System zumindest teilweise in nichts nach.

Will man den Terror nun wirklich bekämpfen, dann gilt es die politischen Zielsetzungen zu überdenken. Nur ökonomische Gleichberechtigung, Freiheit und Unabhängigkeit könnten Extremisten ihren Nährboden entziehen und somit präventiv wirken. Bomben vergrößern ihn nur.

## „Weil wir gehaßt werden“ – Terrorismus und USA

**ROBERT BOWMAN flog 101 Kampfangriffe in Vietnam. Heute ist er Bischof der Vereinigten Katholischen Kirche in Melbourne Beach, Florida/USA. Seine Stellungnahme zum Phänomen terroristischer Angriffe auf die USA erschien bereits im Frühjahr 1999 in „DER PFLUG“ (eine Publikation der Bruderhöfe).**

Wenn wir uns weiterhin über die wahren Hintergründe des Terrorismus täuschen lassen, wird er uns so lange weiter bedrohen, bis wir vernichtet werden. Die Wahrheit ist, daß keine unserer tausend Atomwaffen uns vor dieser Bedrohung schützen kann. Kein Star-War-System – ganz egal, wie technisch hoch entwickelt, ganz egal, wie viele Milliarden Dollar hineingesteckt worden sind – kann uns vor einer Atomwaffe schützen, die in einem Segelboot oder in einer Cessna, in einem Koffer oder in einem Mietwagen ankommt. Nicht eine einzige Waffe in unserem riesigen Arsenal, nicht ein Cent der 270 Milliarden Dollar, die wir jährlich für sogenannte Verteidigung ausgeben, kann uns gegen eine Terroristenbombe schützen. Das ist eine militärische Tatsache. Als Oberstleutnant im Ruhestand und jemand, der häufig Vorträge zum Thema nationale Sicherheit gibt, habe ich oft den Psalm 33 zitiert: „Wenn ein König in der Schlacht den Sieg erringt, dann verdankt er das nicht seiner großen Armee; und wenn ein Krieger heil davonkommt, dann liegt es nicht an seinen starken Muskeln.“

Die Frage ergibt sich: Was können wir dann tun? Gibt es denn nichts, wodurch wir unseren Bürgern Sicherheit bieten können? Doch! Aber um das zu begreifen, müssen wir die Wahrheit über die Bedrohung kennen. Als Präsident Clinton dem amerikanischen Volk erklärte, warum wir Afghanistan und den Sudan bombardierten, sagte er nicht die Wahrheit. Er sagte, wir wären das Ziel des Terrorismus, weil wir für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte stehen. Unsinn! Wir sind das Ziel der Terroristen, weil unsere Regierung fast weltweit für Diktatur, Sklaverei und Ausbeutung steht. Wir sind das Ziel der Terroristen, weil wir gehaßt werden. Und wir werden gehaßt, weil unsere Regierung hassenswerte Taten begangen hat. In wie vielen Ländern haben die Vertreter unserer Regierung Führer, die von der Bevölkerung gewählt waren, abgesetzt und durch Militärdiktatoren ausgetauscht, die nichts anderes als Marionetten und bereit waren, ihre eigenen Bürger an amerikanische Großkonzerne zu verkaufen.

Wir taten dies im Iran, als die US-Marine und das CIA Mossadegh absetzten, weil er die Ölindustrie nationalisieren wollte. Wir ersetzten ihn durch den Schah und wir bewaffneten, trainierten und bezahlten dessen gehaßte Geheimpolizei, die die Menschen im Iran versklavte und terrorisierte, nur um die finanziellen Interessen unserer Ölkonzerne zu schützen. Ist es da ein Wunder, daß es Leute im Iran gibt, die uns hassen? Wir taten dies in Chile. Wir taten dies in Vietnam. Und es ist noch nicht so lange her, da versuchten wir es auch im Irak zu tun. Und natürlich, wie oft haben

wir es in Nicaragua getan und in all den anderen lateinamerikanischen Bananenrepubliken? Wieder und wieder haben wir angesehene Führer verdrängt, die den Reichtum des Landes unter den Leuten, die dafür gearbeitet haben, verteilen wollten. Wir ersetzten sie durch mörderische Tyrannen, die ihre eigenen Leute verkauften, so daß der Reichtum des Landes durch Konzerne wie Domino Sugar, Folgers und Chiquita Banana ausgebeutet werden konnte. In einem Land nach dem anderen hat unsere Regierung Demokratie vereitelt, Freiheit unterdrückt und ist auf den Menschenrechten herumgetrampelt. Deswegen wird sie rund um die Welt gehaßt. Und deswegen sind wir das Ziel der Terroristen.

In Kanada genießen die Menschen Demokratie, Freiheit und Menschenrechte; ebenso die Menschen in Norwegen und Schweden. Hast du schon mal von einer kanadischen Botschaft gehört, die bombardiert wurde? Oder von einer norwegischen oder schwedischen?

Wir werden nicht gehaßt, weil wir Demokratie ausüben, Freiheit schützen oder die Menschenrechte unterstützen. Wir werden gehaßt, weil die amerikanische Regierung diese Dinge den Menschen in den Dritte-Welt-Ländern versagt, deren Rohstoffe von unseren Großkonzernen begehrt werden: Der Haß, den wir säen, ist zurückgekommen, um uns in der Form des Terrorismus zu bedrohen!

Sobald die Wahrheit erkannt ist, warum diese Bedrohung besteht, wird die Lösung klar: Wir müssen unsere Richtung ändern. Unsere Atomwaffen loszuwerden – gegebenenfalls einseitig – wird unsere Sicherheit erhöhen, und eine drastische Änderung unserer Außenpolitik wird sie garantieren. Anstatt unsere Söhne und Töchter um die Welt zu schicken, um Araber zu töten, damit wir das Öl, das unter deren Sand liegt, haben können, sollten wir sie senden, um deren Infrastruktur wieder in Stand zu setzen, reines Wasser zu liefern und hungrige Kinder zu füttern. Anstatt damit weiterzumachen, tagtäglich Hunderte von irakischen Kindern durch unsere Sanktionen umzubringen, sollten wir den Irakern helfen, ihre Elektrizitätswerke, ihre Wasseraufbereitungsanlagen und ihre Krankenhäuser wieder aufzubauen – all die Sachen, die wir zerstörten und deren Wiederaufbau wir verhinderten.

Anstatt Terroristen und Todesschwadronen auszubilden, anstatt Aufstand, Zerrüttung, Mord und Terror weltweit zu unterstützen, sollten wir den CIA abschaffen und das Geld Hilfsorganisationen geben. Kurzum, wir sollten Gutes tun anstelle von Bösem. Wer würde versuchen, uns aufzuhalten? Wer würde uns hassen? Wer würde uns bombardieren wollen?

Das ist die Wahrheit, die die amerikanischen Bürger – und die Welt – hören müssen.

## Eine neue Zeitenwende

Der 11. September 2001 wird in die Geschichte der USA aber auch vieler anderer Staaten eingehen wie das Menetekel vom 20. Juli 1944 in Deutschland. Damals war es das mißglückte Attentat auf den Kriegsverbrecher Nr. 1 des zweiten Weltkrieges Adolf Hitler. Erinnert sei auch an das gelungene Attentat am 4. Juni 1942 in Prag auf den Kriegsverbrecher Nr. 2, den Leiter des SS-Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich. Die tschechische Exilregierung in London hatte das Attentat gut vorbereitet, tschechische Partisanen führten es erfolgreich aus. Die Vergeltungsaktion der Waffen-SS traf unschuldige Menschen in Lidice. Alle Männer über 16 Jahre wurden erschossen, die Frauen ins KZ Ravensbrück gebracht. 98 Kinder deportierte die SS zum Zwecke der „Eindeutschung“ in spezielle SS-Lager. Das Dorf wurde eingäschert. Im Bewußtsein der slawischen Völker hat die SS unterstützt von den „Kettenhunden“ der Wehrmacht irreparable Schäden angerichtet.

Der Anschlag auf die zwei Türme des World Trade Center ist entschieden zu verurteilen. Es kamen unschuldige Menschen zu Tode, welche zum Zeitpunkt des Anschlags nur ihrer Arbeit nachgingen.

Anders ist der Kamikazeangriff auf die Machtzentralen in Washington (Kriegsministerium) und Camp David (Landsitz des USA-Präsidenten) zu beurteilen. Hier ergeben sich Analogien zum 20. Juli 1944. Heute wie damals lief es gleichermaßen ab. Unmittelbar nach dem Attentat kamen Loyalitäts- und Ergebenheitserklärungen der noch verbliebenen Verbündeten Nazideutschlands. Das Offizierskops der Wehrmacht übermittelte telegrafisch Treuebekenntnisse an das Führerhauptquartier. Damals war es ein typisch deutsches Original, heute ist es eine schlechte Kopie. Wenn sich die Geschichte wiederholt, dann als Farce, meinte Marx. Und so wie damals, zeigten die Japaner eine bemerkenswerte Zurückhaltung. Den Abwurf von Atombomben auf die Städte Hiroshima und Nagasaki haben sie nicht vergessen.

Vermutlich werden die Historiker des 22. Jahrhunderts sich einig sein bei der Feststellung: Am 11. September 2001 begann der Untergang des Kapitalismus im Weltmaßstab. Vielleicht muß das Buch „10 Tage, die die Welt erschütterten“ neu geschrieben werden. Man kann kurzfristig prognostizieren, daß ohne eine sowohl die Juden als auch die Araber zufriedenstellende Lösung des Palästina-Problems kein Ende terroristischer Attentate in den USA und auch in Europa erreicht werden kann. Vor einer Globalisierung, auf allen Ebenen und umfassend im Weltmaßstab, muß erstmal eine für alle Menschen vorteilhafte, faßbare und erlebbare regionale Entwicklung stehen.

Die Geschichte ist noch nicht zu Ende, sie fängt erst richtig an.

LOTHAR DANNER

## Geschockt und betroffen

Reaktionen in Eberswalde nach den Terroranschlägen in den USA

**Eberswalde (bbp).** Die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung gedachte auf ihrer Sitzung am 20.9. mit einer Schweigeminute der Terroropfer. Laga-Geschäftsführer Michael Steinland nutzte die Berichterstattung zum Stand der Laga, um von dem Entsetzen zu berichten, daß seine Eltern erfaßte, als sie von den Regierenden das Wort „Krieg“ hörten. Sie, die das Grauen eines Krieges noch am eigenen Leib erlebten, ergriff eine fast greifbare Angst um die Kinder und Enkel. Die Wurzeln dieses Terrors müßten beseitigt werden. „Das sind Armut und Zukunftslosigkeit. Was wir brauchen ist ein Feldzug für ein friedliches

Zusammenleben aller Menschen.“ Zur Besonnenheit rief auch der Kreisvorstand der Bündnisgrünen auf. Der Terrorakt von New York sei ein menschenverachtendes Verbrechen „und es ist richtig, jetzt solidarisch an der Seite der USA zu stehen. Die berechnete und verständliche Trauer und Wut sollten uns jedoch nicht blind machen.“ Militärische Aktionen würden den Haß nur weiter schüren und die Ursachen für den Terror nicht beseitigen. Ähnlich reagierten der PDS-Kreisvorstand und das antifaschistische Eberswalder Informationssystem (EIS), das seine Pressemitteilung mit den Worten schloß: NIE WIEDER KRIEG!

Meldungen aus dem demokratischen Rechtsstaat

## Abweichende Meinung unter Strafe

Im CDU-regierten Sachsen erhielten an verschiedenen Orten mindestens drei Lehrerinnen Lehrverbot, weil sie die Terroranschläge am 11. September in den USA vor ihren Schülern „gerechtfertigt“ haben sollen.

Ende August stimmte der Bundestag über den Einsatz deutschen Militärs in Mazedonien ab. Die Abweichler in der SPD-Fraktion wurden danach von ihrem Fraktionschef massiv angegriffen. Die Mißachtung der Fraktionsdisziplin werde bei der Kandidatennominierung für den nächsten Wahlen berücksichtigt, erfordern die Dissidenten.

Jüngstes Opfer der Gleichschaltung ist Tagesthemensprecher Ulrich Wickert. Eben noch hochgelobt trifft ihn nun der Bannfluch der „Demokraten“. Er hatte Aussagen der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy aufgegriffen und im Zeitgeist-Magazin „Max“ wider den Zeitgeist auf die gleichen Denkstrukturen von George W. Bush und Osama bin Laden hingewiesen. Wickert hat zwar recht – nur sagen darf man sowas heute nicht.

Nach den Terroranschlägen in New York und Washington wird massiv umgesetzt, was schon lange in den Köpfen der Schönbohms, Schills und Schilys zusammengebraut wurde. Auf die Krise der Warengesellschaft, der damit zusammenhängenden Globalisierung und des Zusammenbruchs nationaler Wertesysteme kennen die drei Sch's nur eine Reaktion: Repression. Die Krise der ökonomischen Basis stellt auch den ihr entsprechenden Überbau, in unserem Fall den bürgerlichen „demokratischen Rechtsstaat“, in Frage. Dabei tragen die meisten Gesellschaftsmitglieder diese Infragestellung mit. Denn der Angst vor den Folgen der sich abzeichnenden radikalen ökonomischen Veränderungen kann der „demokratische Rechtsstaat“ nicht abhelfen. Die globalisierte Ökonomie ist mit nationalstaatlichen Mitteln nicht mehr faßbar. Die Europäische Union stellt zwar den Versuch der Anpassung

des gesellschaftlichen Überbaus dar, doch die gewohnte bürgerliche Demokratie bleibt dabei auf der Strecke. Auf europäischer Ebene verzichtet man von vornherein weitgehend darauf und trifft die wichtigen Entscheidungen vorrangig in den von den nationalen Regierungen bestellten Kommissionen. Zugleich gewöhnen sich die Nationalstaaten ihre demokratischen Kinkerlitzchen im gegenseitigen ökonomischen Konkurrenzkampf ab. Angst vor Terrorismus, vor Verlust von Privilegien, vor sozialem Abstieg und sonstwas schafft das entsprechende ideologische Klima.

Abweichler vom allgemeinen Mainstream (der Herrschenden) hatten es schon immer schwer. Bislang wurden sie mit „demokratischen“ Mitteln abserviert. Gegebenenfalls unterstützt durch die eine oder andere Subversivität. Dabei beschränkt sich das keineswegs nur auf die staatliche Ebene an sich. Die Anwendung solcher Mittel und Methoden fanden und finden u.a. auch innerhalb aller Parteien Anwendung, die sich ansonsten mit großen Worten auf das Grundgesetz berufen.

Die Anschläge in den USA markieren bei aller vorhandenen Kontinuität der schrittweisen Entdemokratisierung einen Wendepunkt. Die bislang nur vorsichtig vorgetragenen Planungen werden nun rigoros und ohne große Diskussion umgesetzt. Oppositionelle Stimmen haben kaum eine Chance gehört zu werden. Geraten vielmehr ins Fadenkreuz der von den Rauchern der Nation finanzierten Rasterfahndung. Vor allem aber wird klar, wie weit große Teile der oppositionellen Bewegungen selbst Bestandteil der krisenhaften Warengesellschaft sind. Allzu schnell akzeptieren sie den abendländische Kapitalismus als das verteidigungswerte kleinere Übel und verzichten auf die Suche nach gesellschaftlichen Alternativen. Dabei ist dies gerade nach den Terroranschlägen vom 11.9. aktueller denn je.

GERD MARKMANN

## Tour de Tolérance eine Mogelpackung?

**Eberswalde (bbp).** Mit rund 1000 Teilnehmern lag die Resonanz der Tour de Tolérance von Eberswalde nach Potsdam weit über den Erwartungen der Organisatoren. Neben den vielen einfachen Menschen, an deren Motivation keiner zweifelte, nahmen auch eine Reihe sogenannter „Promis“ an der Fahrt teil. Die Bundestagsabgeordnete Petra Bierwirth, Bürgermeister Reinhard Schulz, Kreistagsabgeordnete und Stadtverordnete. In Berlin empfing Bundesinnenminister Otto Schily die Tour. Dabei handelt es sich um politisch Verantwortliche, die sich in der Vergangenheit bei ihrem Handeln keineswegs immer von der postulierten Toleranz leiten ließen.

In einem vom Evangelischen Jugendkeller, dem Jugend- und Kulturverein EXIL e.V., dem eberswalder infosystem [eis], der Antifaschistischen Aktion Eberswalde, dem Fraktions-Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen Michael Ahlers, dem Sozialdiakon Hartwin Schulz und vielen weiteren Einzelpersonen getragenen Faltblatt mit dem Titel „Mogelpackung?“ wird dazu heftige Kritik geäußert.

So verweisen die Autoren darauf, daß die Mehrheit im Kreistag eine Initiative der PDS-Fraktion, nach der das diskriminierende „Sachleistungsprinzip“ für Asylbewerber abgeschafft werden sollte, ohne jegliche Begründung ablehnte. Einen fast gleichlautenden Antrag hatte die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung zuvor parteiübergreifend angenommen. Im Barnim stimmten die Abgeordneten von CDU und SPD fast geschlossen dagegen. Lediglich unter den SPD-Abgeordneten gab es zwei „Abweichler“. Dabei begründete die PDS ihren Antrag damit, daß man so seinen aktiven Beitrag zu mehr Toleranz und gegen Diskriminierung setzen könne.

Bundesinnenminister Otto Schily, so die Kritiker weiter, sei „verantwortlich für den Tod von bisher 239 AusländerInnen, die beim Versuch die rassistischen Ausländer- und Asylgesetze der BRD zu umgehen, starben“. Seine „Novelle des Zuwanderungsgesetzes“ erschwert die Einreise von AusländerInnen weiter. Nur noch „nützliche Ausländer“ sollen hier leben dürfen.

Kritik mußte sich auch Bürgermeister Reinhard Schulz gefallen lassen, weil er wegen Zahnschmerzen zum Empfang der Familie von Antonio Amadeu seinen Stellvertreter vorschob.

Schließlich gab es im Vorfeld der Tour seitens der Veranstalter anscheinend noch „technische Schwierigkeiten“. Zum Beispiel wollten die Asylbewerber aus dem Übergangswohnheim in Althüttendorf gern an der Tour teilnehmen. Das Problem war, daß so früh am Samstag keine Zugverbindung aus Althüttendorf nach Eberswalde besteht. Statt sich um einen Bus zu kümmern, schlugen die Veranstalter zunächst vor, daß die Asylbewerber auch

noch die 26 Kilometer von Althüttendorf nach Eberswalde mit dem Fahrrad zurücklegen sollten. Nichteinmal das Startgeld wurde Ihnen erlassen – sie haben ja genug Taschengeld. Erst kurz vor Beginn der Tour klärte sich das Problem und sie wurden abgeholt.

„Die Verbesserung des Rufbildes von Eberswalde und [der] Region Barnim“, sei das Ziel der Tour. „Wir sind der Meinung“, heißt es dazu in dem Faltblatt, „daß man heute offen für Toleranz eintreten muß. Dazu gehört auch, daß man Intoleranz und Diskriminierung ächtet. Wenn Sie heute auf dieser Tour Menschen begegnen, die für Intoleranz in diesem Land stehen, dann lassen Sie sich von schönen Wor-



ten nicht blenden... Sagen Sie auch klar und deutlich NEIN zu staatlichem Rassismus, wie ihn der Kreistag zum Beispiel forciert hat. Zeigen Sie, daß Toleranz Grenzen haben muß, wenn Politiker Diskriminierung vorantreiben und so Neonazis geistige Vorarbeit für Gewalttaten und Pogrome leisten!“

Der Pressesprecher der Tour Daniel Postulka, der gewerbsmäßig auch die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt betreut, wandte sich daraufhin an einen der Mitverfasser des Faltblattes. Die Veranstaltung sei nichts von oben Aufgesetztes, „sie ist ursprünglich vom Berufsbildungsverein gekommen, der die Stadt um Unterstützung gebeten hat. Daß die Stadt die Tour mit viel Aufwand veranstaltet, ist doch eigentlich ein Zeichen dafür, daß die Stadtbereiten trotz leerer Kassen die Priorität auf Toleranz setzen.“ Die Stadt habe eine „Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit“ eingerichtet, obwohl sie im gleichen Jahr sogar über 40 Angestellte entlassen mußte. Wenn in anderen Ämtern Leute gehen mußten und gleichzeitig diese neue Stelle eingerichtet werde, könne man doch von mehr als nur „Lippenbekenntnissen“ sprechen! „In der Stadt hat sich der Wind ein wenig gedreht, was den Umgang mit Rechts angeht.“

Der angesprochene Tamás Blénessy wandte dagegen ein, daß die Stelle im Koordinierungsbüro auf ein Jahr befristet sei und kom-

plett vom Arbeitsamt bezahlt werde. „Die Stadt muß lediglich Sachkosten aufwenden. Daß sich, wie Sie sagen, der Wind gedreht hätte, müßte der Normalbürger in der Stadt zu spüren bekommen. Das ist meines Erachtens aber nicht der Fall. Es muß viel mehr getan werden, um der starken organisierten Szene in Eberswalde und Region etwas entgegenzusetzen. Es ist nämlich so, daß sich Neonazis in der Stadt sehr wohl fühlen und Organisationen aus dem Umland in letzter Zeit wieder Fuß fassen konnten.“

Zu den Asylbewerbern „aus Althüttenstadt“ führte Postulka als Entschuldigung an: „Sie haben relativ spät angefragt, und es mußte erst eine Lösung gefunden werden.“

Tamás Blénessy: „Das ist sehr schön. Allerdings heißt der Ort Althüttendorf.“

Was Otto Schily angehe, stellte Pressesprecher Postulka klar, mit der Bitte, die Tourteilnehmer zu begrüßen, „stellen wir uns ... nicht per se hinter seine Politik. Eher ist es uns wichtig, viele verschiedenste Leute ein weiteres Mal mit dem Gedanken der Toleranz zu konfrontieren – auch Otto Schily.“

Tatsächlich war Otto Schily „Promi Nummer 1“ der Tour. „Schily stellte sich in Berlin“, so Blénessy, „sofort als supertoleranter Innenminister dar. Das ist, wie in der Broschüre erläutert, aber nicht der Fall.“ Seine Zuwanderungspolitik beschränke sich auf den Satz „Unnütze Ausländer raus!“

Tamás Blénessy registrierte einige Zwischenfälle, „wo es mit der vielbeschworenen Toleranz der Eberswalde anscheinend zu Ende war. Linken Jugendlichen wurden da einige Sachen an den Kopf geworfen, die nicht so ganz ins Bild der Tour paßten.“ Davon abgesehen war die Tour allerdings „eine hervorragende Veranstaltung, um die EberswalderInnen zu sensibilisieren. Jetzt gilt es konkret zu handeln. Es müssen Veranstaltungen folgen, die breit angekündigt werden und von der Stadt unterstützt werden. So wie es jetzt mit der Konferenz ‘lokale Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus’ schon fast geschieht. Dort zum Beispiel muß mehr die Werbetrommel gerührt werden.“

Zum Schluß regt Tamás Blénessy für ähnliche Veranstaltungen, wie z.B. in Altlandsberg, wo die Tour im nächsten Jahr starten soll, künftig die Prominenz nicht so weit wie möglich oben in der Politik zu suchen. Vielmehr ließen sich auch Prominente aus Film und Fernsehen als Schirmherr gewinnen. Das komme auf jeden Fall besser an.

## Kann LAGA als Chance genutzt werden?

Die Organisatoren der Landesgartenschau in Eberswalde hoffen im nächsten Jahr auf insgesamt 350.000 Besucher, vor allem aus der Region Berlin. So die Aussage auf einer von den drei Barnimer PDS-Landtagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann, Ralf Christoffers und Heinz Dobberstein organisierten Tourismuskonferenz in Eberswalde. Der Eberswalder Bürgermeister Reinhard Schulz, Laga-Geschäftsführer und Tierparkdirektor Bernd Hensch, Vertreter der Buga Potsdam, der FH Eberswalde sowie von verschiedenen Vereinen und Initiativen, die sich mit dem Tourismus im Barnim befassen, waren zugegen. Zusammen mit den interessierten Gästen mögen es etwa 50 bis 60 Leute gewesen sein, die am 31. August der Einladung in kleinen Saal des Landratsamtes gefolgt waren.

Als Ausgangspunkte hatten die drei PDS-Abgeordneten vier Fragen formuliert:

1. Welche Möglichkeiten und Angebote bietet die Laga für regionale Unternehmen in der Tourismusbranche?
2. Wie orientieren regionale Tourismusangebote auf die Einbeziehung der Laga?
3. welche Erfahrungen und Vorstellungen für Nachnutzungskonzepte gibt es aus der Laga in Luckau und der Buga in Potsdam?
4. Welche Vorstellungen und Vorschläge zur Nachnutzung der Laga Eberswalde gibt es? Was ist zu tun, damit die Laga zu einem Impulsgeber für nachhaltige touristische und wirtschaftliche Entwicklung der Region wird?

In der zweifellos interessanten Diskussion wurde kaum direkt auf diese Fragestellungen eingegangen. Seitens der Laga-Verantwortlichen war zu erfahren, daß es ein Touristik-

zentrum geben werde, ein Angebot für Touristik- und Kulturanbieter. Das quantitative Überangebot an Präsentationsmöglichkeiten sei ehrenamtlich kaum zu bewältigen, beklagte gar Gisela Groß vom Choriner Fremdenverkehrsverein. Die Frage sei nicht ob, sondern wie die meist ehrenamtlich arbeitenden Tourismusinitiativen einbezogen werden können. Überhaupt scheint die informelle Vernetzung ein Problem zu sein. Oftmals wisse der eine nichts vom anderen, wie ein Gast aus Prenzlau meinte. Von einer Ausstrahlung der Laga in die Uckermark sei momentan nichts zu spüren. Ein Informationsdefizit stellte auch Herr Kästner von der Ruhlsdorfer Tourismusgemeinschaft fest. Im Niederbarnim, wo eine andere Lokalausgabe der MOZ erscheine, erfahre man so gut wie nichts über die Eberswalder Laga. Ein weiterer Kritikpunkt sei die Nahverkehrserschließung, bei der ebenfalls die alte Kreiseinteilung fortlebe.

Ein interessantes Angebot machte die Fachhochschule Eberswalde, an der es seit dem 24.9. einen Touristik-Studiengang gibt. Verbale Zusagen für eine künftige Zusammenarbeit kamen von beiden Seiten. Die Praxis sieht bislang eher so aus, daß die FH in Frankfurt an der Oder aktiv ist statt in Eberswalde.

Bezüglich der Nachnutzung lasse sich die Eberswalder Laga nur schwer mit Luckau und Potsdam vergleichen. Zu verschiedenen seien die Bedingungen. Die Eberswalder Laga-Organisatoren setzen auf den vorhandenen Naturraum und massive Bauten, die eine Nachnutzung zwingend notwendig machen. So soll die Blumenhalle als Stadthalle genutzt werden und die Freilichtbühne den Open air-Standort

am Schützenplatz ersetzen, der wegen der Lärmbelastigung des nahen Wohngebietes sowieso schließen muß. Die Stadt habe sich mit der Laga weit aus dem Fenster gelehnt, betonte Bürgermeister Reinhard Schulz. Auch finanziell. Das erzwingt entsprechende Aktivitäten, um das Gelände danach als Freizeit- und Kulturobjekt am Leben zu erhalten. Die Konzepte wurden dahingehend erstellt, entsprechende Mittel in den Folgejahren im städtischen Haushalt eingestellt. Ideen, den Brandenburg-Tag als Nachnutzungs-Event 2003 in die Stadt zu holen, haben sich inzwischen erledigt. 2004 ist als Höhepunkt die 750-Jahr-Feier der Stadt Eberswalde geplant. Sehr viel mehr war noch nicht zu erfahren.

Auch für die Funktion der Laga als Impulsgeber sprühten auf der Konferenz die Ideen. Ob davon etwas umgesetzt wird, erscheint jedoch fraglich. Die Verantwortlichen hoben sehr schnell die Hände. Die geforderten Innovationen für den Öffentlichen Nahverkehr im Kreis z.B. blockte Dr. Benfer von der Kreisverwaltung mit der Bemerkung ab: „Für ausschließlich touristische Verkehre ist der Landkreis nicht zuständig“. Laga-Geschäftsführer Dr. Hensch warf dagegen ein, daß die Laga nicht alle Probleme lösen könne, die zuvor jahrelang liegengeblieben seien. Womit er vermutlich den Nagel auf den Kopf traf.

Ralf Christoffers zog als einer der Gastgeber aus der Diskussion das Fazit, daß der Ober- und der Niederbarnim wieder verstärkt auseinanderdrifte. Die Laga in Eberswalde sei eine Chance, dem entgegenzuwirken. Dazu müßten aber alle an einem Strang ziehen.

G.M.

### Laga Eberswalde

#### Kein Interesse an Mulch total

**Eberswalde (bbp).** Auf Initiative von Rudolf Behm sollte innerhalb Landesgartenschau im Zusammenhang mit anderen Kleingärten auch ein Total-Mulch-Garten präsentiert werden. Die von dem bekannten Naturschützer Kurt Kretschmann entdeckte Mulch-total-Methode orientiert auf völligen Verzicht des Einsatzes mineralischer Dünger und chemischer Pflanzenschutzmittel.

Bodenuntersuchungen im Total-Mulch-Garten Kurt Kretschmanns in Bad Freienwalde beweisen eine erstaunliche Bodenverbesserung innerhalb weniger Jahre. Wie Rudolf Behm der Barnimer Bürgerpost mitteilte, wurde der Total-Mulch-Garten jetzt ohne eine nähere Begründung vom Laga-Programm gestrichen.

Ähnlich erging es auch einer Initiative aus Eberswalde, nach der auf der Laga mit einer Ahnengalerie Eberswalder Forstleute für die lange forstliche Tradition der Stadt geworben werden sollte.

## Schon wieder höhere Kita-Gebühren?

**Eberswalde (bbp).** Auf der September-Sitzung des Ausschusses Kita und Schule teilte die zuständige Amtsleiterin Barbara Ebert mit, daß einige Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses angesichts der schwierigen Haushaltslage der Stadt auf höhere Kita-Gebühren drängen, die bereits am 1.1.2002 wirksam werden sollten. Im Vergleich zu anderen Städten seien die Eberswalder Gebühren sowieso „viel zu niedrig“. Da die Kürze der Zeit eine gründliche Analyse der Kostenstrukturen verhindere, sei die Rede von einer pauschalen Erhöhung um einen bestimmten Prozentsatz für alle Einkommensgruppen. Das Fachamt stehe dem ablehnend gegenüber und schlug daraufhin vor, anhand der Abrechnungen für 2001 eine Neukalkulation der Kosten vorzunehmen um auf dieser Basis die Kitagebürensatzung mit Wirkung 1.3.2002 zu überarbeiten.

Die Mitglieder des Kita-Ausschusses wiesen die Vorstellungen empört zurück, mittels Kita-Gebühren Haushaltslöcher zu stopfen. Ausschussvorsitzende Christa Wendt (SPD) kann sich höhere Gebühren nur vorstellen,

falls die zweckgebundenen Zuschüsse von Land und Kreis geringer werden sollten. Das allerdings sei zu befürchten. Und dann könne die Stadt die zusätzlichen Lasten nicht alleine tragen.

Auch im eine Woche später tagenden Wirtschafts- und Finanzausschuß traf die Absicht einer sofortigen Gebührenerhöhung auf Widerspruch. Lediglich Clemens Pfütz (SPD) vertrat die Meinung, „auch um die Kitagebüren dürfen wir keinen Bogen machen“ und erntete damit selbst bei seinen Fraktionskollegen erstaunte Gesichter. Finanzdezernent Lutz Landmann kündigte schließlich an, daß der Haushaltsentwurf überarbeitet und neu vorgelegt werde.

Von einer sofortigen Erhöhung der Kitagebüren ist somit nicht mehr die Rede. Vielmehr wird nach Vorliegen der Gesamtabrechnung 2001 im Zusammenhang mit der Kitakonzeption auch über die Gebühren neu verhandelt. Daß die Eltern dann mit einer erneuten Erhöhung müssen, scheint allerdings schon jetzt festzustehen.

Ausschuß für Kita und Schule

## Land greift in Trickkiste

*Heinz Dobberstein soll mit Kleiner Anfrage Unklarheiten zu Kitafinanzierung klären*

**Eberswalde (bbp).** Laut Pressemeldungen plant die Landesregierung eine erneute Änderung des Kita-Gesetzes, um bereits im Haushaltsjahr 2002 statt der entsprechend dem derzeit gültigen Kita-Gesetz ca. 250 Millionen Mark auf nur 231 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Gelingen soll dies durch einen Trick. Während bisher als Grundlage für die Zahl der Kinder bis 12 Jahre, für die 2002 die gesetzliche Kinderkostenpauschale gezahlt wird, die tatsächliche Kinderzahl am Stichtag 31.12.2000 galt, sollen künftig Prognosezahlen des aktuellen Jahres als Grundlage dienen. Da der Geburtenknick von 1990 gerade in den Altersstufen 10 bis 12 noch für sinkende Kinderzahlen sorgt, rechnet das Land bereits 2002

mit einer Einsparung von 19 Millionen Mark (ca. 10 Millionen Euro).

Der Ausschuß für Kita und Schule folgte im September der Initiative des zuständigen Amtes, den Eberswalder Landtagsabgeordneten Heinz Dobberstein (PDS) zu bitten, sich mit einer entsprechenden Anfrage an die Landesregierung zu wenden. Nachdem bereits durch die Gesetzesänderung des Jahres 2000 erhebliche Mehrbelastungen für die Städte und Gemeinden entstanden, die zum Teil auf die Familien umgelegt wurden, fragen die Ausschußmitglieder, welche Vorstellungen die Landesregierung hat, wie die Städte und Gemeinden die erneut eintretenden finanziellen Mehrbelastungen verarbeiten sollen.

## Abfallwirtschaft – Kommt der Landkreis zu spät?

Auf Initiative der PDS-Fraktion führen Barnimer Kreistagsabgeordnete nach Liberec und Dresden, um sich mit Alternativen der Abfallverbringung zu beschäftigen. Im Mai hatte der Kreistag beschlossen, in Abwägung mit den Erfordernissen der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASI) die kreiseigene Deponie in Eberswalde-Ostende im Jahr 2005 zu schließen. Bereits seit Monaten drängte der Vertreter der PDS-Fraktion, Prof. Elsner im zuständigen Ausschuß darauf, mit den Nachbarlandkreisen gemeinsam dieses Problem anzugehen. Was lange währt wird...!? Auf Einladung des Barnim nahmen auch MitarbeiterInnen der Kreisverwaltungen und Abgeordnete der Kreistage Märkisch-Oderland und Uckermark an der Informationsreise teil.

In Liberec wurde eine klassische Müllverbrennungsanlage besucht, die dort mitten in der Stadt angesiedelt ist und den modernsten Erfordernissen der Technik und des Umweltschutzes entspricht. Mit diesem Verfahren reduzieren sich die Abfallrestmengen auf 30 %, die als Restasche auf einer Deponie gelagert werden müssen. Das hieße für den Landkreis, also auch künftig darüber nachzudenken, auf welche Deponie außerhalb des Landkreises die Reststoffe transportiert werden sollen.

Interessanter schien vielen Teilnehmern die Trockenstabilatanlage in Dresden, die seit Mai diesen Jahres in Betrieb ist. Die Anlage, die unmittelbar neben der alten Deponie Dresdens (die gerade abschließend abgedeckt wird) errichtet wurde, erfüllt mit einem hohen technischen Standard das Ziel des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Nach einer biologischen Vorbehandlung und sortenreiner Trennung werden alle wiederverwertbaren Stoffe der Industrie zugeführt. Das Restmaterial wird verpreßt und dem Kraftwerk „Schwarze Pumpe“ zur abschließenden energetischen Verwertung (Verbrennung) übergeben. Fazit: Die Milli-

onenstadt Dresden kommt künftig ohne Mülldeponie aus. Problem beider Anlagen ist, daß sie für einen effizienten Einsatz mit einer Mindestmenge arbeiten müssen. In einer Zeit also, wo die Gesamtwirtschaft darauf orientiert Abfall zu vermeiden, kommen Anlagen zum Einsatz, die erhebliche Größenordnungen von Abfall benötigen, damit ihr Einsatz bezahlbar bleibt. (Erinnert irgendwie an das Dilemma mit dem Abwasser!!!). Die notwendigen Kapazitäten können durch einen Landkreis allein nicht aufgebracht werden. Darin lag auch der Grund, die Nachbarkreise mit auf diese Exkursion zunehmen. Denn vieles gibt es zu bedenken. Wenn mehr als 15 der 19 Deponien in Brandenburg 2005 schließen werden, stellt sich zwangsläufig die Frage nach der Neuordnung der Abfallwirtschaft. Aber diese Verantwortung will das Land nicht übernehmen und überläßt es den Landkreisen. Jeder Landkreis agiert für sich, die überregionalen Ansätze bleiben wieder mal auf der Strecke. Bei allen Strukturwandlungen, dem das Land Brandenburg unterworfen ist, scheint man an den rationellsten Einsatz von Mitteln und Menschen am wenigsten zu denken. Der Landkreis Oberhavel soll die Abfallverwertung bereits ausgeschrieben haben, wobei es schon ernsthafte Überlegungen über den Standort einer Verwertungsanlage geben soll. Ohne Einbeziehungen der anderen Landkreise der Region, kann es aber keine optimale Lösung geben, weil Abfallmengen, Transportwege und -kosten vorher nicht abgewogen wurden. Das verhindert nicht nur souveräne Entscheidungen in den Landkreisen, sondern auch optimale und finanziell tragbare Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger, die dies am Ende bezahlen müssen. Hier sind das Land und die Landkreise der Regionen in einer gemeinsamen Pflicht, die offensichtlich keiner wahrnehmen will.

MARGITTA MÄCHTIG

## Das wär ein Bravo wert

Die „Tour de Tolerance“ war eine großartige Sache. Die Initiatoren und Organisatoren haben sich ein „Bravo“ und „Danke“ verdient. Und da gibt es für mich auch kein „aber“. Gerade die jüngsten Ereignisse haben bewiesen, daß es kaum etwas Wichtigeres gibt, als Engagement für Toleranz und friedliches Miteinander. Ich selbst fühlte mich mit solcher Fahrt überfordert, war aber beim Start dabei und habe mich riesig über so viele für Toleranz engagierte Menschen gefreut.

Toleranz und Fremdenfreundlichkeit müßten an allen Tagen in Eberswalde herrschen. Da bleibt allerdings noch viel zu tun. Auf Probleme haben die Autoren und Unterzeichner eines Faltblattes hingewiesen, das beim Start der „Tour de Tolerance“ verteilt wurde. Doch warum mußten sie sich, sämtlichst engagierte Kämpfer für Toleranz und Fremdenfreundlichkeit, vom Pressesprecher der Tour als „unverschämt“ bezeichnen lassen (MOZ vom 21.9.)? Auch der Bürgermeister von Eberswalde fand in der StVV am 20.9. harsche Worte (für die sich allerdings keine Hand zum Beifall rührte) gegen die Autoren des Faltblattes.

Die im Faltblatt genannten Beispiele für berechnete Zweifel an verbaler Toleranz lassen sich leider auch noch fortführen, woraus sich Handlungsbedarf ergibt, damit den Worten auch Taten folgen.

In der Stadtverordnetenversammlung am 19.7. habe ich beispielsweise angefragt, ob es denn nicht möglich wäre, daß die Stadt der Familie des ermordeten Amadeu Antonio finanzielle Hilfe zukommen läßt. Einzige Reaktion: der Vorsitzende der StVV verwies auf den Spendenaufruf des Begegnungszentrums! Das (auf Glanzpapier gedruckte) Bulletin der Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit Eberswalde vom September 2001 weist einen Spendenstand von 1.715 DM (!!) aus. Vielleicht denken die Stadtverordneten doch noch einmal über eine finanzielle Hilfe der Stadt nach. Das wäre dann ein weiteres „Bravo“ wert.

ALBRECHT TRILLER

## Flugmuseum GmbH aufgelöst

**Eberswalde (bbp).** Die auf dem Flugplatz Finow agierende „Ostalgiumuseum Flughafen Finow – Geschichte als Brücke der Zukunft mbH“ ist jetzt wegen Vermögenslosigkeit von Amts wegen gelöscht worden. Das Amtsgericht Frankfurt/Oder teilte mit, daß die Gesellschaft aufgelöst und die Firma erloschen ist.

## Kontra Auflösung

**Willmersdorf (mm).** Die Gemeinde Willmersdorf (zw. Bernau und Werneuchen) ist bisher die einzige Gemeinde im Landkreis Barnim, die dem Gemeindetag Brandenburg beigetreten ist, der sich in Gegenwehr der kleinen Gemeinden gegen deren Auflösung und Eingemeindungen gegründet hat.

## Zweite BKB-Regionalgruppe in Eberswalde gegründet

Am Donnerstag, den 27.09.2001, veranstaltete die nun schon 2. Regionalgruppe des BKB in Eberswalde, die sich für das westlich der Eisenbahnlinie liegende Stadtgebiet zuständig fühlt, ihre erste Informationsveranstaltung für interessierte bzw. betroffene Bürger.

Der Ort Feuerwache war gut gewählt - das zeigte die Anwesenheit von über 50 Zuhörern. Ausführlich stellte der gewählte Sprecher der Regionalgruppe West Albrecht Triller das Abwasserproblem vor. Kritisiert wurde die Stadtverwaltung, welche mit Halbwahrheiten und Ausnutzung des Unwissens ehrenamtlicher Gemeindevertreter aus dem Umland einen Steuergeld vernichtenden, Natur und Gesundheit gefährdenden sowie auch sonst ziemlich schlampigen Zweckverband auf nicht nur rechtlich sehr wackelige Füße stellte. Das Chaos fängt schon bei der Frage an, wer mit wem wann ein Gründungsprotokoll unterzeichnete. Und welche anwesenden Gemeindevertreter sich wie entschieden hatten, scheint seit dem Schlamperei-Heilungs-Gesetz der Landesregierung auch niemanden wirklich zu interessieren - außer den BKB und seine Mitglieder.

Zuerst war es nur die persönliche Betroffenheit angeblich kostenlos an die zentrale Abwasserentsorgung angeschlossener Hausbesitzer, welche sich über den BKB Gehör verschaffen wollte. Doch bald kam das Fachwissen engagierter Mitstreiter der Bürgerbewegung hinzu, die in mühevoller Kleinarbeit den ökologischen Unsinn einer flächendeckenden Landesentwässerung über zentrale Klärwerke direkt in Flüsse und Meere zu beweisen lernte. Aber auch die Gefahren einer Züchtung antibiotikaresistenter Krankheitserreger durch das Vermischen sämtlicher Fäkalien einer Region mit Krankenhausabwässern und den Fäkalien aller mit Antibiotika behandelter Bürger im gesamten ZWA-Bereich wird inzwischen gleichberechtigt neben dem Risiko fallenden Grundwasserstandes durch beschleunigte Wasserableitung ins Meer sowie der Kaufkraft-, Arbeitsplatz- und Investitionsbremse einer unverschämten Steuergeldverschwendung an ein paar Nutznießer der Beton-Lobby zulasten aller zwangsangeschlossenen Wassernutzer angeprangert. Bei dieser Geldverschwendung fühlen sich inzwischen ja auch die Mieter betroffen, was bei den durch die Vermieter einfach weitergegebenen neuen Wasserpreisen auch zu erwarten war.

Nun hat der BKB bereits erste Erfahrungen als für den Landtag kandidierende Wählervereinigung (keine Partei!) und verschafft sich auch zu anderen die Bürger bewegenden Fragen wie den Garagennutzungsverträgen, sonstigen Kommunalabgaben, der Mieterberatung und weiteren Brennpunkten der kleinen Politik Anerkennung - zumindest bei den beratenen Bürgern, weniger bei den Verursachern der

Probleme natürlich. Besonders spannend und aufbauend war der Beitrag von Herrn Madeja, welcher über die Bürgerwehr gegen diesen ZWA vor Gericht informierte. So wurden inzwischen im BKB Gruppen ähnlicher Fälle zusammengestellt, die dann den jeweils geeigneten Kläger dieser Gruppe im Musterprozess voranschicken und so das Gewinnen des Falles ausprobieren, im Mißerfolgsfall (den es allerdings noch nicht gab) aber die Kosten eines danebengegangenen Prozesses unter allen Klägern der Gruppe aufteilen, was das Prozessrisiko des Einzelnen enorm senkt.



Gewonnen hat zum Beispiel Dr. Spangenberg aus Ostend und braucht - leider nur wegen Verjährung - nun keinen Anschluß, beitrags" entrichten. Damit ist nun allen ähnlichen Fällen geholfen - ja der ZWA traut sich in bestimmten Gegenden derartige Forderungen schon nicht mehr zu erheben. Durch die Verjährungsvariante wurde natürlich eine weitere Klägergruppe zusammengefaßt, die nun mit den eigentlichen Argumenten gegen die unverschämten Kosten des Zwangsanschlusses gewinnen möchte.

Die klagenden Bürger haben, so Madeja, immer erst den Dialog mit den zuständigen Personen im ZWA und in der Stadtverwaltung gesucht, sind aber außergerichtlich niemals zu ihrem guten Recht gekommen - und selbst vor Gericht passieren höchst merkwürdige Dinge. Wird in irgendeiner Klage gegen einen der vielen ähnlich schlecht mit Steuergeld umgehenden ZWAs nicht ausreichend Beweis erbracht, ergeht - so zeigt es die Erfahrung - in wenigen Tagen ein Urteil gegen den klagenden Bürger. Zeigt der ZWA allerdings eine schwache Argumentation, dann braucht jedes zuständige Gericht im wahrsten Sinne des Wortes unendlich länger bis zur Urteilsverkündung. Eine solche Urteilsfindung zu allen diskutierten Vorwürfen gegen ZWAs (abgesehen von Verjährung) ist laut Madeja bisher nicht einmal in den ältesten Fällen zustande gekommen. Und es steht zu befürchten, daß sich die zuständigen Richter auch weiterhin vor einer Entscheidung für die Bürger drücken. Herr Madeja zitierte in diesem Zusammenhang die überlieferte Aussage des

Herrn Prof. Driehaus, des „Papstes des Verwaltungsgerichtswesens“: „Ich bin stolz darauf, nie ein Urteil für den Bürger gesprochen zu haben. Und wenn einmal für den Bürger zu entscheiden gewesen wäre, habe ich einen Vergleich angeboten“.

Gegen diese verzerrte Sicht demokratischen Rechtes wendet sich der BKB und möchte auch nicht mehr nur regional agieren. Deshalb auch die Landtagskandidatur unter der Fahne der BFWG (Brandenburger Freie Wählergemeinschaft). Auch zu den Wahlen zu Stadtparlament und Kreistag will der BKB mit eigenen Kandidaten antreten, um zu gewährleisten, daß des Bürgers Stimme besser zur Geltung kommt. Daher sucht der BKB nun auch überall politisch aktive Mitstreiter. Zum Beispiel bietet sich die AGENDA 21 an, das Abwasserthema unter dem Gesichtspunkt der Kreislaufwirtschaft in den Pflichtenkatalog dieser Stadt mit einzubauen. Schließlich müssen ja alle Kommunen mit umsetzen, was die deutschen Vertreter auf der Umweltkonferenz von Rio unterschrieben haben. Wer es einrichten kann, soll bitte den BKB in entsprechenden Ausschüssen vertreten!

Neben ein paar aufmunternden Grußworten von Vertretern des BKB aus Liepe, Finowfurt usw. an die Anwesenden wurde von Herrn Braunschweig aus Westend zur Mitarbeit und Mitgliedschaft im BKB aufgerufen. Näheres zur Tätigkeit der neuen Regionalgruppe West können interessierte Bürger bei ihm erfragen. Besonders empfohlen sei hier die von Herrn Satka durchgeführte Mieterberatung zum Thema „Betriebskosten und Abwasser“. Verhandlungen des BKB mit den Vermietern wegen gemeinsamer Abwehr überhöhter „Kosten“, die natürlich auch das Preis-Leistungs-Verhältnis der angebotenen Wohnungen verschlechtern, wurden angekündigt.

Der zufällig anwesende und auch extra begrüßte interessierte Bürger Herr Engel wurde leider noch vor der Halbzeit über Lautsprecher zu irgendeiner Leitstelle gerufen, so daß er leider auf keine Fragen oder Vorwürfe aus der Bevölkerung reagieren konnte und nun lediglich über Satzung und Struktur des BKB hinreichend Bescheid weiß. Das Präsidium bedauerte sein Gehen und hofft, er stillt seinen Wissensdurst nicht nur in der MOZ, sondern liest auch einmal, was die Bürger denn so schreiben. Wer borgt ihm seine bbp?

Wer ebenfalls die ständigen Fehlentscheidungen des ZWA, der Ämter und der gewählten Volksvertreter nicht mehr länger so hinnehmen möchte, der sei herzlich willkommen in der Interessenvertretung der Bürger gegen Korruption und Versagen - im BKB.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG und  
PETER SPANGENBERG

Kontakt: Helmut Braunschweig, Feldstr. 16,  
16225 Eberswalde, Tel. 03334/236131

## **BKB für Zusammenarbeit mit Agenda 21**

**Eberswalde (bbp).** Mit unverblümter Kritik wandte sich jetzt der Vorsitzende der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB) Johannes Madeja an den Verein „Lokale Agenda 21 Eberswalde“.

Eineinhalb Jahre nach der Gründung entspreche dessen Arbeitsstil bereits dem einer großen Behörde, „in der Vorstandsmitglieder nur auf wirklich wichtige Briefe selbst antworten“. So war auf einen Brief Madejas vom 18. Juli 2001 erst knapp zwei Monate später seitens einer Mitarbeiterin des Agenda-Koordinationsbüros reagiert worden. Dabei vermißt Johannes Madeja eine Antwort auf die von ihm aufgeworfenen Probleme. Die Zusage, daß das Koordinationsbüro zur Beantwortung

organisatorischer Fragen zur Verfügung steht, reicht dem BKB-Vorsitzenden nicht aus. „Organisatorische Fragen sind sicher auch wichtig“, schreibt er dem Agenda-Verein, „wir sind jedoch in erster Linie an der Beantwortung inhaltlicher Fragen interessiert“.

Zunächst geht es der Bürgergemeinschaft dabei insbesondere um die Frage, welchen Stellenwert in der Arbeit des Agenda-Vereins, insbesondere in der Arbeit der AG Ressourcen/Wirtschaftliche Kreisläufe, die Ressource Wasser hat. Abhängig von der Resonanz auf diese Frage werde die BKB entscheiden, „ob und in welchem Umfang eine Zusammenarbeit zwischen Ihrem Verein und der BKB erstrebenswert ist“.

## **Sofortigen ZWA-Austritt erneut abgelehnt**

**Eberswalde (bbp).** Nachdem der Beschluß über das bereits im Juli von der SPD als Eilvorlage eingereichten Ansinnens, aus dem ZWA auszutreten, für nichtig erklärt worden war (für eine eilige Tischvorlage fehlte der zwingende Grund), brachte die SPD-Fraktion ihren Beschlußvorschlag am 20.9. erneut auf die Tagesordnung der StVV.

Eine Mehrheit von CDU, PDS und Bündnis 90/Grüne stimmte für den bereits im Juli von Dr. Klaus Westendorff (Hospitant bei Bündnis 90/Grüne) vorgetragenen Änderungsvorschlag, zunächst eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die ökonomischen und rechtlichen Folgen eines ZWA-Austritts gründlich analysiert.

Von ihrem ursprünglichen Antrag drückte dann die SPD-Fraktion gegen den ausdrücklichen Widerstand der CDU-Fraktion und des PDS-Stadtverordneten Kai Jahns, die das Thema mit dem Westendorff-Antrag als erledigt

ansahen und demonstrativ an der Abstimmung nicht teilnahmen, noch den zweiten Punkt durch. Damit wird der Bürgermeister beauftragt, sich bei der Kommunalaufsicht nach den rechtlichen Möglichkeiten eines Austritts zu erkundigen. Praktische Auswirkungen sind davon indes nicht zu erwarten.

Ein Austritt, falls überhaupt möglich, sei in jedem Falle Zukunftsmusik, argumentierte Albrecht Triller (PDS). Eine Vermögensauseinandersetzung, die mit dem Austritt verbunden wäre, werde sich über Jahre hinziehen. Im Übrigen seien durch den Austritt keine tatsächliche Kostensenkung und keine Mehreinnahmen zu erwarten. Eher würden noch mehr Kosten anfallen. Die vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Kikow favorisierte Umverteilung zuungunsten des Umlandes sei die falsche Orientierung, die die eigentlichen Problemen ungelöst läßt.

## **Alleen in Brandenburg**

### **Mehr abgeholzt als neu gepflanzt**

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage „Alleen in Brandenburg“ bestätigt die Landesregierung: Es wurde mehr abgeholzt als neu gepflanzt.

Vollmundig wurde bisher von der Landesregierung Brandenburg der Erhalt der Alleen als nicht nur historisch bedeutsames Kulturgut für unverzichtbar erklärt. Die Zahlen allerdings sprechen eine andere Sprache: seit 1991 wurden an Bundes- und Landesstraßen insgesamt 60.848 Bäume gefällt, neu gepflanzt wurden im genannten Zeitraum dagegen nur 57.083 Bäume. Da hilft es auch nicht, wenn die Landesregierung in ihrer Antwort auf Ersatzpflanzungen an Kreis- und Kommunalstraßen verweist.

Es ist zu vermuten, dass insbesondere wegen des hohen Bestandes alter Bäume sowie einer unzureichenden Wundversorgung von Bäumen nach Anfahrbeschädigungen

bzw. unsachgemäßer Beschneidung der Anteil zukünftig zu fallender Bäume steigt und wegen fehlender Finanzmittel der Abstand zwischen gefällten und nach gepflanzten Bäumen weiter wächst. Man darf gespannt sein auf die Ergebnisse der Zählaktion der Schutzgemeinschaft Brandenburger Alleen, die in den kommenden Tagen veröffentlicht werden. Möglicherweise muß dann auch der im November 2000 ausgehandelte Runderlaß zwischen den Ministerien für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr sowie für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

*Dr. DAGMAR ENKELMANN*

Wie der Naturschützer Rudolf Behm gegenüber der Barnimer Bürgerpost erklärte, muß in den nächsten Jahren mit weiteren Fällaktionen gerechnet werden, da infolge des massiven Streusalzeinsatzes in den Wintern bereits heute viele Alleebäume ernsthafte Schädigungen aufweisen.

## **Abwasserförderung**

Die geplante und nun kurzfristig abgesagte öffentliche Vorstellung der neuen Abwasserförderrichtlinien führte bereits in der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung zum Eklat. Hintergrund ist die seit Monaten durch das zuständige Ministerium praktizierte Hinhaltetaktik gegenüber den Abgeordneten. Es ist schlicht skandalös, wenn sich die Volksvertreter nur anhand inoffizieller Informationen ein Bild von der Umsetzung der im Landtag beschlossenen Gleichstellung zentraler und dezentraler Abwasserentsorgung machen müssen, während Umweltstaatssekretär Schmitz-Jersch offensichtlich versucht, alle zu überrumpeln.

Die vorliegenden Entwürfe der neuen Abwasserförderrichtlinien sollen einzig dazu dienen, die Wende in der Abwasserpolitik zu verhindern und weiterhin jährlich 120 Mio DM Fördermittel in zentrale Abwasserprojekte zu lenken. In den zurückliegenden Jahren wurde unter Hinweis auf angebliche EU-Bestimmungen eine ruinöse Abwasserpolitik betrieben. Die Schulden der Zweckverbände betragen etwa 3 Mrd. Mark. Allein für das Schuldenmanagement der Verbände mußten kürzlich Hilfen von 69 Mio DM bewilligt werden.

Mit einer 50prozentigen Förderung der Abwasserprojekte nimmt die Landesregierung maßgeblich Einfluß auf die Dimension der Anlagen. Bei spezifischen Baukosten ab 3000 Mark pro Einwohner oder Überleitungslängen der Kanalnetze von mehr als 3 Kilometern bis zu einer Kläranlage sind dezentrale Lösungen wirtschaftlicher und ökologisch gleichwertig. Im Gegensatz dazu läßt jedoch der vorliegende Entwurf der Förderrichtlinie weiterhin zentrale Abwasserprojekte mit spezifischen Kosten von bis zu 8000 DM pro Einwohner zu.

Verschwiegen wird regelmäßig auch der vollständige Wortlaut der betreffenden EU Richtlinie: „Ist die Einrichtung einer Kanalisation nicht gerechtfertigt, weil sie entweder keinen Nutzen für die Umwelt mit sich bringen würde oder mit übermäßigen Kosten verbunden wäre, so sind individuelle Systeme oder andere geeignete Maßnahmen erforderlich, die das gleiche Umweltschutzniveau gewährleisten.“ (Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser).

Tatsache ist, dass der Anschlußgrad an das zentrale Netz bereits 74 Prozent beträgt. Die jetzt noch für eine neue Abwasserentsorgung in Frage kommenden Gemeinden befinden sich überwiegend im ländlichen Raum und haben weniger als 2000 Einwohner. Damit sind dezentrale Lösungen für sie die wirtschaftlichste technologische Variante der Abwasserentsorgung. Die hohen Investitionskosten der zentralen Anlagen führen neben den Anschlußkosten auch zu dauerhaft hohen verbrauchsabhängigen Gebühren.

## Nie wieder Mauer und Stacheldraht

Mit Erschrecken habe ich den Artikel „Grenzsicherung rettete den Frieden“ (BBP 9/2001) gelesen und für mich ist klar, daß ich diesen Artikel nicht unbeantwortet lassen kann.

Zum einen haben mich sehr die ideologischen „Kampfwörter“ gestört, die, wie ich finde, in der heutigen Zeit doch etwas daneben sind. Was mich weiter stört, ist, das die Mauer in diesem Artikel in ein derart positives Licht gerückt worden ist, daß man davon ausgehen muß, diese Maßnahmen zur Grenzsicherung würden im Nachhinein sehr befürwortet.

Sicher, man muß sachlich feststellen, daß die Schließung der Grenze nach Westberlin und zur BRD eine Stabilisierung der Lage in der DDR zur Folge hatte. Auch wurde der Status Quo der beiden Bündnissysteme dadurch gefestigt. So blieb es bei der gegenseitigen Abschreckung und es kam zu keinem Krieg, worüber ich sehr froh bin. Auch bin ich der Ansicht, daß die DDR nie bis 1989 überlebt hätte, wäre die Grenze 1961 nicht geschlossen worden.

Aber kann ich die Mauer deswegen gut heißen und befürworten?

Ich kann dies nicht. Denn Mauer und Stacheldraht haben Opfer gefordert. Familien wurden getrennt, es kamen Menschen ums Leben usw. Manchmal frage ich mich, wie es gewesen sein muß für die Leute, die plötzlich

nicht mehr von Mitte nach Kreuzberg konnten, um zum Beispiel Angehörige zu besuchen. Man stelle sich vor, man würde zwischen Finow und Eberswalde eine Grenze ziehen und jeglichen Übertritt verwehren. Und wenn dann jemand aus Finow seine Mutter in Eberswalde besuchen würde wollen und ihm dann erzählt wird, er könne nicht mehr nach Eberswalde zu seiner Mutter, man mußte die Grenze schließen, um sich vor imperialistischen Angriffen aus Eberswalde zu schützen und den Frieden zu wahren. Ist das menschlich? Würde derjeni-



Im Harz dient der Kolonnenweg der ehemaligen Grenzsicherungsanlagen heute als Wanderweg.

ge, der seine Mutter besuchen wollte, daß verstehen? Ich kann es mir nicht vorstellen.

Der Bau der Mauer ist für mich ein Zeichen, daß die damaligen Verantwortlichen in der DDR nicht in der Lage waren, die Probleme im Land zu lösen und somit die Menschen im Land zu halten. Sie gingen den einfacheren Weg, schlossen die Grenze und versuchten so, die Leute im Land zu halten.

Jeder, der an Mauer und Stacheldraht starb, war einer zuviel. Jeder Mensch lebt nur einmal, das menschliche Leben ist das höchste Gut auf Erden, welches es gilt zu schützen. Wer ein Gesellschaftssystem, eine Idee, eine Ideologie durchsetzen will in der Gesellschaft und dabei in Kauf nimmt, das Menschen dabei ums Leben kommen, zu Opfern werden, der ist für mich nicht tragbar. Wie heißt es im Lied der Partei im Refrain: „...Wer das Leben beleidigt, ist dumm oder schlecht, Wer die Menschen verteidigt, hat immer recht.“ Für mich haben die Verantwortlichen das Leben der Menschen beleidigt, indem sie die Opfer in Kauf genommen haben. Sind Sie dumm oder schlecht? Für mich sind sie beides. Aus meiner Sicht ist es für jeden Sozialisten und Kommunisten eine Pflicht, so etwas wie Mauer und Stacheldraht nie wieder zuzulassen und das Leben und die Würde eines jeden(!) Menschen zu achten und zu schützen.

SEBASTIAN KNOPF

## Das Recht auf Presse- und Informationsfreiheit

Ein schönes Beispiel „informativer und ausgewogener“ Berichterstattung leistete sich am 3. September die „Märkische Oderzeitung“, die für viele Einwohner des früheren Bezirkes Frankfurt/Oder die Hauptnachrichtenquelle darstellt.

Zum Sachverhalt: Für den 1. September, dem Weltfriedenstag, hatten Neonazis am Völkerschlachtdenkmal in Leipzig zu einer Demonstration aufgerufen. Die MOZ informierte in einer 25-Zeilen-Meldung auf Seite 2, daß 1.200 Neonazis aufmarschierten und die Polizei die vom Oberverwaltungsgericht Bautzen genehmigte Demo von der Polizei bereits kurz nach dem Abmarsch aufgelöst wurde, weil „entgegen den Auflagen Naziparolen skandiert wurden“. Als „170 Linksautonome“ den Marsch verhindern wollten, kam es zu „gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen linksautonomen Gegendemonstranten und der Polizei“. Es gab Verletzte und Verhaftungen. „Als Reaktion auf die Vorfälle forderte Sachsens Innenminister Klaus Hardraht (CDU) die Einrichtung einer bundesweiten Gewalttäter-Datei.“ Soweit die von der MOZ wiedergegebene dpa-Meldung.

Nicht in der MOZ zu lesen war, daß 20.000 Leipziger auf dem Augustusplatz friedlich ge-

gen den Nazi-Aufmarsch demonstrierten.

Nicht in der MOZ zu lesen war, daß es vor allem die auf der Marschstrecke eingerichteten Sitzblockaden und Barrikaden waren, die den Abbruch der Nazi-Demo erzwangen.

Nicht in der MOZ zu lesen war, daß die Demo der „linksautonomen“ Antifa am Abend im Leipziger Stadtteil Connewitz mit 700 Teilnehmern ohne Zwischenfälle friedlich endete.

Nicht in der MOZ zu lesen war, daß der sächsische Innenminister nun eine „Sonderkommission Links“ bei der Polizei bilden will.

Nicht in der MOZ zu lesen war, daß ebenfalls am 1. September in Greifswald ein NPD-Aufmarsch mit 150 Teilnehmern durch die Zivilcourage von 2.500 demonstrierenden Greifswaldern und schließlich einer Sitzblockade von 200-300 Jugendlichen mit dem Greifswalder Bürgermeister Arthur König (CDU) an der Spitze abgebrochen werden mußte.

Nicht in der MOZ zu lesen war, daß am 1. September auch in zahlreichen anderen Städten Friedensfeste, Mahnwachen und andere Aktionen anläßlich des Weltfriedenstages stattfanden.

In der MOZ lesen konnte man dagegen folgende Meldung: „An einer Friedenskundge-

bung zum Anti-Kriegstag haben am Sonnabend in Berlin-Kreuzberg nach Veranstalterangaben rund 150 Menschen teilgenommen. Ursprünglich sei ein Marsch vom Mariannenplatz zum Ostbahnhof geplant gewesen, sagte ein Sprecher des Bündnisses. Angesichts der geringen Beteiligung sei jedoch lediglich eine Kundgebung mit Reden gehalten worden.“

1. Fazit:

Pressefreiheit ist eine wichtige demokratische und zivilisatorische Errungenschaft. Diese Errungenschaft beinhaltet auch die Freiheit der Presse, über bestimmte Angelegenheiten NICHT zu informieren.

Unter Bedingungen, wo Information zur Ware wird und darüber hinaus noch einzelne Presseerzeugnisse Monopolcharakter besitzen, sieht sich die ebenfalls als demokratische und zivilisatorische Errungenschaft zu betrachtende Informationsfreiheit (also das Recht auf freie Information) erheblichen Beeinträchtigungen ausgesetzt.

2. Fazit:

Zivilcourage kann erfolgreich sein.

GERD MARKMANN

P.S.: Die MOZ-Redaktion in Frankfurt machte übrigens bislang von ihrem Recht Gebrauch, diesen Leserbrief NICHT zu veröffentlichen.

# Beim Landespflegegeld sparen?

*Gehörlose und -schwache sollen Landeshaushalt sanieren*

**Potsdam (bbz-bk).** Nachdem Bekanntwerden der Pläne des zuständigen Ministeriums, im Rahmen der Haushaltssanierung auch das Landespflegegeld zu kürzen, forderte der Allgemeine Behindertenverband des Landes Brandenburg (ABB) die Landesregierung auf, die Kürzungspläne sofort fallen zu lassen. Landespflegegeld erhalten im Land Brandenburg unter bestimmten Bedingungen Schwerbehinderte, Blinde und Gehörlose zum Ausgleich behinderungsbedingter Mehraufwendungen.

Der ABB hält die geplanten Streichungen beim Landespflegegeld für behindertenpolitisch falsch, rechtlich unzulässig und fiskalisch unsinnig. Behinderte haben in den vergangenen neun Jahren der Existenz dieses Gesetzes bereits dreimal eine Änderung hinnehmen müssen. Zuletzt hatte die Landesregierung Leistungen für Schwerbehinderte im Zuge der Haushaltsdiskussionen 1996 gekürzt. Die Landesregierung und der Landtagspräsi-

dent versprachen damals, keine weiteren Kürzungen in diesem Bereich vorzunehmen. Der ABB wird gegebenenfalls rechtliche Schritte gegen eine Kürzung und Streichung des Landespflegegeldes einleiten oder unterstützen. Die Landesverfassung verbietet eine Benachteiligung von Bürgern wegen ihrer Behinderung. Sollten bestimmte Behinderungsarten durch Kürzungen benachteiligt werden, so wird der Verband eine Verfassungsbeschwerde vor dem Landesverfassungsgericht erheben.

Darüber hinaus betreibt das Land mit einem derartigen Vorhaben Haushaltssanierung auf Kosten der Kreise und kreisfreien Städte. Bei Streichung oder Kürzung des Landespflegegeldes werden die entsprechenden Mittel im Landeshaushalt zwar eingespart. Viele Betroffene werden jedoch Leistungen der Sozialhilfe als Ausgleich beantragen müssen, die im Falle ihrer Bewilligung die Kassen der Kreise und kreisfreien Städte belasten.

Die Antwort des Ministeriums für Arbeit,

Soziales, Gesundheit und Frauen läßt indes keinen Gesinnungswandel erkennen. „Unter den gegebenen haushaltspolitischen Rahmenbedingungen“ seien auch im sozialen Bereich Leistungskürzungen „unvermeidbar“. Es sei zutreffend, „daß die Landesregierung vor diesem Hintergrund auch eine Kürzung beim Landespflegegeldgesetz (LpflGG) in Betracht zieht. Betroffen sind die Leistungen für die Gehörlosen, für die ab dem kommenden Jahr keine Mittel mehr zur Verfügung stehen werden. Wie in der Mehrzahl der anderen Bundesländer wird es auch in Brandenburg für die Gewährung eines Landespflegegeldes für Gehörlose voraussichtlich keine gesetzliche Grundlage mehr geben. Das Landespflegegeld für Schwerbehinderte und Blinde wird nicht beschränkt werden.“ Zum Abschluß des Schreibens heißt es: „Frau Staatssekretärin Thiel-Vigh bedauert den voraussichtlichen Wegfall der Leistungen für die Gehörlosen außerordentlich“.

## Nun ist es heraus!

*Einspruch der Kita-Volksinitiative vom Landesverfassungsgericht abgewiesen*

Die über 154.000 Unterschriften des Aktionsbündnisses waren umsonst. Wirklich?

Mit dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes, das immerhin 50 Seiten zur Urteilsbegründung zusammensetzte, wurde über Artikel 76 (Volksinitiative) der Verfassung des Landes Brandenburg entschieden. Darin heißt es: „Alle Einwohner haben das recht, dem Landtag im Rahmen seiner Zuständigkeit bestimmte Gegenstände der politischen Willensbildung zu unterbreiten... Die Initiative muß von mindestens zwanzigtausend Einwohnern ... unterzeichnet sein...“

Mit 154.000 Unterschriften dürfte die Initiative das Klassenziel voll erreicht haben. Doch die Möglichkeiten sind nun ausgereizt, selbst wenn sich für dieses Aktionsbündnis mehr Menschen im Land Brandenburg mit Fragen der Erziehung und Bildung junger Menschen und den dazu notwendigen Rahmenbedingungen sowie deren Rechte, auseinandergesetzt haben.

Angeblich war die „schwierige Frage, wie weit der in der Landesverfassung festgeschriebene Haushaltsvorbehalt für Volksinitiativen ausgelegt werde...“ (MOZ-Zitat). Meines Erachtens war das gar nicht so schwierig. Für einen wesentlichen Einfluß auf den Landeshaushalt sind mindestens zweistellige Prozentzahlen notwendig. Nach Aussage der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) betrug die Mehrbelastung des Landeshaushaltes, auf der Grundlage der durch das Land vorgelegten Zahlen, nur 0,2 bis 0,25 Prozent des Budgets des Landes.

Also schlußfolgere ich: Die Argumentation ist nicht stimmig. Von einem wesentlichen Einfluß kann überhaupt nicht die Rede sein. Der Landeshaushalt wird fast gar nicht berührt. Was bleibt also übrig?

Für mich reduziert es sich somit auf die Ebene der politischen Entscheidungen. Es ist nicht gewollt, daß Bürger in das Geschehen eingreifen. Perspektive und Sinnhaftigkeit der Volksgesetzgebung haben sich erledigt! Unser Mittun bleibt auf Wahlsonntage beschränkt.

Doch was ist mit dem Versprechen?

Keine der brandenburgischen Regierungsparteien hat vor der Wahl angekündigt, daß sie den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für die Kinder einschränken will. von weiteren drastischen Kürzungen in diesem elementaren Bereich war auch nie die Rede.

Das sollten wir uns merken!

Wahlaussage und Realpolitik driften eindeutig auseinander. Ich sehe einen Argumentationsnotstand der Landesregierung/des Landtages, weil sich damit grundsätzlich jede Volksinitiative aushebeln ließe. Wir verabschieden uns von der Mündigkeit der Bürger.

Lassen wir uns also Zeit, die Entscheidung des Verfassungsgerichtes setzen zu lassen – jedoch nicht zu lange. Für mich hat dieser Umgang, den Willen des Volkes zu umschiffen, nichts mit Demokratie zu tun. Hier zeigte sich eindeutig die Arroganz der Macht.

Wer Interesse an einer Subtraktionsaufgabe hätte, dem schlage ich vor, Artikel 76 (1) genauestens weiter zu lesen.

WALTRAUD DOBCZINSKI

## Wer nicht hören kann...

„Wer nicht hören will, muß fühlen“ – sicher haben viele dieses Sprichwort aus ihrer Jugend in mehr oder weniger (un)guter Erinnerung. Das Land Brandenburg hat es kreativ weiterentwickelt zu „wer nicht hören kann, muß fühlen“.

So jedenfalls muß sich für Gehörlose die geplante Streichung des Gehörlosengeldes darstellen, geht ihnen doch damit wieder ein Stückchen Unabhängigkeit und Normalität verloren. Erneut verabschiedet sich die Landesregierung von einem fortschrittlichen Stück Brandenburg, gibt eine Spitzenposition bei gelebter Gleichberechtigung für Menschen mit Behinderung ab. Besser wird dies auch nicht mit dem Verweis auf leere Taschen, die durch die Einsparungen beim Gehörlosengeld übrigens nicht viel voller bleiben, zu klein ist die Summe.

Während sich Technik und Wirtschaft immer am Besten orientieren, geht der Blick beim Vergleich sozialer Leistungen stets ans Ende. Ein Schelm wer Arges dabei denkt? Argumentationen mit den verbesserten Leistungen durch das SGB IX, z.B. für die Finanzierung von Gebärdendolmetschern, greifen zu kurz. Mehraufwendungen gehörloser Menschen erstrecken sich auf weit mehr Bereiche.

Vor dem Hintergrund der Diskussion um Chancengleichheitsgesetze für Menschen mit Behinderung erhalten diese Kürzung eine besondere Brisanz, widersprechen sie doch dem Benachteiligungsverbot, das in der Landesverfassung und im Grundgesetz festgeschrieben ist. Also aufgepaßt, damit es nicht irgendwann heißt, „wer nicht gehen, nicht sehen kann, muß fühlen“. **KLAUS MORGENSTERN**

Seit fast drei Jahren stützt die AG »Multikulturelle Interessen« in einem Bildungsprojekt Kinderzentren, die Jugendlichen eine Schulausbildung ermöglichen, in Luanda. Partnerorganisationen sind die Berliner Hilfsorganisation OIKOS, der afrikanische Kulturverein PALANCA und die Regionale Stelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA). Auf angolanscher Seite baut POSOCA, Abteilung für die Arbeit mit Kindern der Methodistischen Kirche Angolas, die Kinderzentren auf.

Doch nicht nur durch Spenden wollte die AG das Projekt begleiten. Auf einer 15-tägigen Reise nach Luanda wollten fünf SchülerInnen angolansche Jugendliche kennenlernen und viel von und über sie erfahren.

Die Reisetrippe, bestehend aus Marian Schwarz, Katja Ristenbieter, Kathleen Knoll, Marco Schmidt, Anja Worm, der betreuenden Lehrerin Carola Kluger und dem Direktor Hartmut Mahling, bereitete den größten Teil des Programms noch in Eberswalde vor. Im Gepäck, zwischen Antimoskitosalbe und Malaria prophylaxe, waren Farbtuben, Gemüsebrühe und portugiesische Software verstaut:

### Farbtuben

*Wir fertigen zuerst den Vorschlag an, den wir gemacht hatten: eine schwarze und eine weiße Hand berühren sich an den Fingerspitzen, eine Erdkugel ist im Hintergrund zu sehen. Die Verständigung funktioniert auch ohne Dolmetscher gut, da wir durch Gesten zeigen, was wir meinen. Als es ans Ausmalen der Bleistiftskizze geht, haben die Angolaner untereinander so ihre Probleme: Die schwarze Hand darf nicht zu groß, zu klein oder zu dick sein. Auch der Kontinent Afrika wird getreu aus einem Atlas abgezeichnet. Das Resultat ist besser, als wir es uns vorgestellt hatten. Wir haben die Jugendlichen angesteckt, denn das Motiv wollen sie auch in anderen Kinderzentren zeichnen.*

### Gemüsebrühe

*Gemeinsam mit unserer Kontaktgruppe verbringen wir den halben Tag im Gästehaus.*

**Eberswalde (bbp).** Nach den Äußerungen des PDS-Landesvorsitzenden Ralf Christoffers im Spiegel 33/2001, über mögliche Koalitionen seiner Partei mit der CDU (vgl. BBP 9/2001), wandte sich der Stadtvorstand der Eberswalder PDS mit einem Brief an den Landesvorstand. Die Aussagen Christoffers seien weder notwendig noch zeitgemäß gewesen. Der Stadtvorstand schätzt ein, daß Ralf Christoffers mit seiner Herangehensweise an das Thema Koalition mit der CDU „grundsätzliche PDS-Positionen“ verläßt. Eine Koalitionsbereitschaft mit allen und jedem führe zur Beliebbarkeit der Politik der PDS. Die Bereitschaft zur sachlichen Zusammenarbeit erfordere keine Koalition mit dem politischen Gegner, der die CDU auf Bundes- und Landesebene gegenwärtig sei. Der Stadtvorstand äußerte generelle Vorbehalte gegenüber Koalitionen,

## Angola – Bürgerkriegsland? Luanda – Flüchtlingshauptstadt?

*Zum Mittag präsentieren wir ihnen typisch deutsches Essen, das wir vorbereitet hatten: Kartoffelsuppe mit Eberswalder Würstchen und Rote Grütze. Das Urteil fällt unterschiedlich aus: Manche schaukeln sich die Würstchen nur so hinter, andere dagegen essen langsam und ohne Appetit.*

*Danach geht es ans Selbermachen. Gemeinsam mit Noventa und Julia backen Marian und Anja Eberswalder Spritzkuchen. Wir zeigen die ersten Schritte und lassen dann die angolanschen Schüler walten. Noventa sind die Kringle bald zu langweilig und er formt aus dem Brandteig die Anfangsbuchstaben unserer Namen. Das Gebäck fällt kleiner als die Originale aus, weil jeder von dem Ergebnis kosten sollte.*

*Die Rollen werden getauscht und eine Kochlehrerin vom Kinderzentrum zeigt uns, wie man typisch angolanschen Maisgrieß herstellt. Nach einem angolanschen Abendessen überreichen wir jedem aus der Kontaktgruppe ein persönliches Geschenk. Eine Jeans, ein T-Shirt und nützliche Dinge wie Batterien, eine Taschenlampe oder ein Notizbuch umfaßt das Präsent. Und die Freude ist größer als wir es erwartet hatten. Unsere Kontaktgruppe singt spontan für uns einige Kirchenlieder. Es hört sich so gut an, daß die Gänsehaut sich nicht mehr verkriechen will*

### Software

*Im Kinderzentrum Alegria werden offiziell die Geschenke übergeben: die Software und ein Scheck von 1 700 Dollar. Einige Tage zuvor installierten Katja, Marco und Herr Dr. Bert Maciy (OIKOS) die mitgebrachte Software im Computerkabinett des Kinderzentrums Alegria.*

Aber auch die Gesprächsrunden bereiteten wir mit Fragen vor: Wie stellt ihr euch das Leben in Deutschland vor?

*»Es ist zwar teuer, nach Deutschland zu kommen. Aber es ist möglich, mit seiner Familie dort zu leben?« Zesinho werden wir auch nach der etwa einstündigen Gesprächsrunde nicht überzeugt haben. Natürlich ist das deutsche Leben nicht vergleichbar mit den angolanschen Bedingungen. Doch ein Dienstmädchen leisten sich nur wenige. Und Straßenverkäufer, die zwischen den Autos laufen und Cola, Kekse, Eis, Wasser in Plastiktütchen, Cremes, Wandspiegel, Plastikkronleuchter, Videos oder CD's anbieten – unmöglich.*

*Von dem deutschen Sozialsystem scheinen sie gehört zu haben. Wie überleben die Leute ohne Ausbildung, ohne Job? – Ja, die Menschen können finanziell gestützt werden. Doch die Summe, die sie erhalten ist gering und wird ihnen auch nicht ohne weiteres ausgezahlt. São (Assusão Hilongua- Mitarbeiterin von OIKOS, die für ein Jahr in Berlin arbeitet) erzählt ihnen von den bürokratischen, unzähligen Behörden-gängen. Auch, daß sie in einem Berliner Stadtviertel (Marzahn) lebt, wo sie sich allein nicht vor die Wohnungstür trauen kann. Katja, Marco und Anja versuchen die Schattenseiten des Sonnenlebens in Deutschland, besonders für Schwarzafrikaner zu erläutern. Angriffe auf Menschen mit schwarze Hautfarbe würden nicht wenig vorkommen in Deutschland.*

*Nach dem Gespräch fragen wir in die Runde, was sie nun für ein Deutschlandbild haben. Einige beteuern, nicht mehr in das europäische Land emigrieren zu wollen. Außer Zesinho: »Würdet ihr mich aufnehmen, wenn ich vor eurer Haustür stehen würde?«*

ANJA WORM

Die kursiven Textteile sind aus einem Tagebuch genommen, das zur Nachbereitung der Reise erstellt wurde.

PDS-Stadtvorstand kritisiert Landesvorsitzenden Ralf Christoffers

### Koalitionsgerede hält von aktiver Politik ab

da diese zu Mehrheitsverhältnissen führten, die stets die Gefahr der politischen Entscheidung anstelle begründeter Sachentscheidungen mit sich bringen. Bei einer Koalition mit der CDU würde die PDS ihren Charakter als sozialistische Partei, als Partei der kleinen Leute, der Ausgebeuteten, der sozial Schwachen und Ausgegrenzten verlieren.

Auf den Hinweis Christoffers bezogen, die SPD unterscheide sich ohnehin kaum von der CDU, erklärt der Stadtvorstand, daraus sei keine Schlußfolgerung für Koalitionen mit der CDU zu ziehen. Das hieße, den Teufel mit dem Belzebug auszutreiben. Bei fehlender Unterscheidung verbieten sich Koalitionen sowohl mit der SPD wie auch mit der CDU.

Der Stadtvorstand verneint, daß es um Entscheidungen bei guten Wahlergebnissen gehe. Vielmehr fordert er eine Politik, die gute Wahlergebnisse erwarten läßt, weil sie die Interessen breiter Bevölkerungsschichten vertritt.

Erklärungen und fragwürdige Interviews führten lediglich zur Selbstbeschäftigung innerhalb der PDS. Damit „verwirren wir unsere Wähler und hindern uns selbst an einer aktiven Politik an der Basis mit den Bürgern“. Vom Landesvorstand erwartet die Eberswalder PDS Impulse zur Organisation und Leitung der politischen Arbeit der Landesparteiorganisation „und keine Maßnahmen, die uns von den eigentlichen politischen Aufgaben abhalten und die Basis ständig in Erklärungsnot bringen“.

## China heute ...

„Die aktuelle politische und ökonomische Entwicklung in China“ – so lautete das Thema der letzten Veranstaltung der AG Senioren der PDS Eberswalde. Mit Dr. Helmut Ettinger, Mitarbeiter beim Parteivorstand der PDS, führte ein Kenner Chinas durch das Thema.

China heute – so kann man es wohl sagen, ist ein Phänomen in der internationalen Arena. Es vollzieht sich in diesem fernöstlichen Land eine nicht zu übersehende bewundernswerte Wirtschaftsentwicklung mit einer Erhöhung des Lebensniveaus für das an Einwohnern größte Land der Erde. So ist z. B. China bei der Ernährung der Bevölkerung mit Getreide unabhängig. Von der westlichen Welt allerdings wird China gern der Stempel der Diktatur aufgedrückt. Es paßt nicht in das Bild, daß China eine eigenständige Politik betreibt. Das Modell, das China gern aufgeredet wird, ist nicht geeignet, der Spezifik dieses asiatischen Landes mit 1,26 Mrd. Menschen, mit seiner Geschichte, seiner Kultur und seinen Traditionen gerecht zu werden.

Der heutigen Entwicklung in China liegt das gesellschaftspolitische Konzept für die Schaffung eines Sozialismus chinesischer Prägung zugrunde – einer Gesellschaft mittleren Wohlstands mit solider ökonomischer Basis und einer demokratischen Entwicklung. Diese Zielsetzung ist jedoch ein Spagat zwischen sozialistischen Zielen und der Öffnung zur Weltwirtschaft, die bekanntlich kapitalistisch ist.

Es ist kein einfacher Weg, den dieses Land beschreitet, sondern ein mit Risiken, Gefahren und Widersprüchen behafteter Weg. Aber was sich hier vollzieht, ist ein hoffnungsvolles Zukunftsmodell für die Menschen. Auf diesem

Weg muß China viele Schritte gleichzeitig gehen, was diesem Land und seinen Menschen viel abverlangt. Dr. Ettinger verstand es ausgezeichnet, mit Fakten belegt, diese Problematik des heutigen China darzustellen. So z. B. die Entwicklung von einem Agrar- in ein Industrieland mit verstärkter ökologischer Orientierung. Die Zuwachsraten lagen in den letzten 20 Jahren bei 9% jährlich. Ziel für die nächsten Jahre sind 7% Zuwachs jährlich. Oder der stufenweise Abbau der zentralen staatlichen Planung und des staatlichen Außenhandelsmonopols sowie die schrittweise Freigabe der Preise. Die weitere Entwicklung demokratischer Strukturen wie z. B. die Stärkung des Volkskongresses, die Schaffung neuer Gesetze, die Förderung von Bürgerinitiativen und die Arbeit von Gewerkschaften. Und schließlich die Entwicklung von Bildung und Wissenschaft, wobei das Land schon große wissenschaftliche Ergebnisse vorweisen kann.

Das sind nur einige der vielfältigen Aufgaben, die aber auch negative Seiten haben, wie wachsende Arbeitslosigkeit, die Vergrößerung der Schere zwischen arm und reich, wobei die Armut von 30% vor 20 Jahren auf derzeit 10% gesenkt werden konnte. Oder die nach wie vor großen Unterschiede in der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Regionen, was unter anderem die Existenz von 150 Millionen Wanderarbeitern im Land zur Folge hat, eine Größenordnung, die für uns unvorstellbar ist.

Es war eine sehr interessante und anregende Veranstaltung, mit zahlreichen Fragen und Meinungsäußerungen der Teilnehmer, auf die Dr. Ettinger umfassend einging.

E. GRÜNDER

## Diktatur der Angepaßten

*Ich seh die Leute in den Straßen  
die Diktatur der Angepaßten  
in den Städten und den Dörfern  
leben sie und ihre Lügen  
Lügen, Lügen, Lügen  
Männer, Frauen, Junge, Alte  
in den Büros und den Fabriken  
an den Schulen und zu Hause  
lassen sich für dumm verkaufen  
kaufen, kaufen, kaufen  
Ihr habt immer nur weggesehen  
es wird immer so weitergehen  
gebt endlich auf – es ist vorbei!  
Ihr habt alles falsch gemacht  
habt Ihr nie drüber nachgedacht?  
Gebt endlich auf – es ist vorbei!  
Im Norden Süden, Osten, Westen  
die Diktatur der Angepaßten  
das Geld vibriert und auf den Genchips diktiert  
ein freier Markt das Leben  
Leben, Leben, Leben  
die Medien helfen ihnen beim Dummsein  
ein starker Staat hilft ihnen beim stumm sein  
die Leute wollen unter sich sein  
und gehen dafür über Leichen  
Leichen, Leichen, Leichen  
Ihr habt immer nur weggesehen  
es wird immer so weitergehen  
gebt endlich auf – es ist vorbei!  
Ihr habt alles falsch gemacht  
habt Ihr nie darüber nachgedacht?  
Gebt endlich auf – es ist vorbei!  
Ich seh die Leute in den Straßen  
die Diktatur der angepaßten  
Millionen sind durch sie gestorben  
sie lassen hungern, foltern, morden  
sie vergiften alle Flüsse  
die Luft, den Boden und die Meere  
und tun so als ob nichts wäre  
ich hab genug von ihren Lügen*

BLUMFELD

aus „BLUMFELD - Testament der Angst“  
© 2001, Komp. & Text: Jochen Distelmeyer  
<http://www.blumfeld.net>

## Siegfried Kersten

### Es ist gleich 5 vor 12



## Wir sind alle Amerikaner

*Christian ist Brasilianer.  
Birgit ist Nikaraguanerin.  
Jens ist Innuit.  
Ute ist Mexikanerin.  
Michael ist US-Amerikaner.  
Ulrike ist Kubanerin.  
Gerd ist Chilene.  
Silke ist Kanadierin.  
Jörg ist Seminole.  
Anne ist Argentinierin.  
Hans ist Equadorianer.  
Lise ist eine Dakota.  
Robert ist Peruaner.*

...

## Eberswalder Holzkonferenz in Potsdam

Die Holzwirtschaft gehört aufgrund der vorhandenen natürlichen Ressourcen zu den Kernkompetenzfeldern Brandenburgs. Mit einem Umsatz von 1,2 Mrd. DM ist sie eine der wichtigen Branchen des verarbeitenden Gewerbes. Das ist uns Anlaß, einmal jährlich mit dem Holzzentrum in Eberswalde eine Konferenz für die gesamte Holzwirtschaft durchzuführen, die den Stand der Unternehmen und mögliche Entwicklungen darstellen sowie ein Treffpunkt zum Austausch der Unternehmer sein soll.

In diesem Jahr findet die 6. Eberswalder Holzkonferenz aufgrund der Zusammenarbeit

mit dem Service- und Beratungszentrum der IHK Potsdam im Rahmen des internationalen Unternehmertreffens „promowood“ (auch im Internet: [www.promowood.de](http://www.promowood.de)) am 24. Oktober in Potsdam im SEMINARIS Seehotel (An der Pirschheide 40) statt.

Im Mittelpunkt stehen der Rohstoff Holz als Grundlage der stofflichen und energetischen Verwertung und die Nutzung im Bereich Holzbau.

Dr. GEORG WAGENER-LOHSE  
(Zukunftsagentur Brandenburg GbmH) und  
Dr. HELMUT LUTHARD (i.A. des Kooperationsrates „Holzzentrum Eberswalde“)

### Agenda 21 geht zur Sache

**Eberswalde (bbp).** Unter dem Motto „Zur Sache“ beginnt im Oktober eine neue Veranstaltungsreihe des Vereins „Lokale Agenda 21 Eberswalde“. Verschiedene Themenbereiche sollen mit kompetenten Gesprächspartnern und den Eberswalder Bürgerinnen und Bürgern erörtert und diskutiert werden, um durch aktive Teilnahme gemeinsame Lösungswege zu finden. **Die erste Diskussionsrunde „Zur Sache“ am 17. Oktober, um 19 Uhr in der Aula der Eberswalder Fachhochschule, wird sich mit Stand und Nutzen der Umgehungsstraße B 167 beschäftigen.** Den Part der kompetenten Gesprächspartner übernehmen Herr Heine vom Straßenbauamt Strausberg der die endgültige Fassung der Umgehungsstraßenbauplanungen vorstellt und Eberswaldes Baudezernent Dr. Prüger, der dazu die Position der Stadt Eberswalde darlegt.

### Weiterhin Aktion Noteingang

**Eberswalde (bbp).** Rathausbesucher fragten in den letzten Wochen verwundert und besorgt, wieso an der Rathaustür kein Aufkleber der „Aktion Noteingang“ mehr zu finden war. Sollte sich die Stadtverwaltung etwa entgegen ihrer Bekundungen heimlich von der Aktion zurückgezogen haben? „Wir sind natürlich nicht aus dieser Aktion ausgestiegen“, sagte Christina Preuß von der städtischen Pressestelle auf die entsprechende Anfrage der Barnimer Bürgerpost. Es sei leider nicht das erste Mal, daß der Aufkleber entfernt worden sei. Momentan gebe es Schwierigkeiten mit der Nachlieferung der Aufkleber. Der Vertreter der Stadtverwaltung im Netzwerk „Für ein tolerantes Eberswalde“ Michael Nehls kümmerte sich darum. An anderen Eingängen zur Stadtverwaltung, so Christina Preuß, sei der Aufkleber nach wie vor befestigt.

„Es wird einen wunderschönen Frühling geben“

Lesung mit  
PROF. DR. STEPHAN

TANNEBERGER

im Ulrich-Speicher  
Friedrich-Ebert-Straße 12/13  
16225 Eberswalde

12. Oktober 2001, 19 Uhr

Eintritt 10 DM, ermäßigt 8 DM

organisiert vom

altenhofer kulturkreis e.V.

Nach dem von Erfolg gekrönten Auftritt von Mathias Wedel wagt sich der Altenhofer Kulturkreis nun zum zweiten Mal nach Eberswalde. Prof. Dr. Stephan Tanneberger war vor 1990 Leiter des Krebszentrums der DDR. Nach der Wende gab es im wiedervereinten Deutschland für den weltweit hochangesehenen Krebsexperten keine Verwendung. So lebt und arbeitet Prof. Tanneberger seit 1993 im italienischen Bologna im „MehomeHospital“, das in ganz Italien etwa 2000 Patienten betreut.

### Naturparkgemeinde

**Melchow (mm).** Im Rahmen des dritten Festes „Naturpark Barnim“ am 16.9. in Melchow wurde erstmalig eine „Naturparkgemeinde“ gekürt. Zu den Bewerbergemeinden, die aus den Landkreisen Oberhavel und Barnim kamen, gehörten auch Tuchen, Marienwerder und Melchow. Der mit 4000 DM dotierte Preis ging an die Gemeinde Marienwerder.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO oder 17,60 DM)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO oder 5,87 DM)
- Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO oder 1175 DM)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO oder 23,47 DM – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 12 DM pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonent/in

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**telefax:** (0 89) 244 365 885

**außenstelle:** F.-Ebert-Str. 12, 16225 Ebw.  
fon (03334) 381755, fax (03334) 381754

**e-mail:** barnimer.buergerpost@t-online.de  
bbp@telta.de

**redaktion:** Gerd Markmann

**layout:** Rafalski Graphics

**drucker:** PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

**redaktionsschluß:** 5. Oktober 2001

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 21. September 1995. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO (17,60 DM), ermäßig 3 EURO (5,87 DM), Förder-Abonnement 12 EURO (23,47 DM).

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 2.11.2001, 12 Uhr.